

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

## Was ist Kultur?

Kultur ist nicht bloß ein Zusammenzählen alles äußern Wissens und Könnens. Kultur ist viel mehr. Die Frucht eines einheitlichen, großartigen, aufbauenden, kämpfenden, stehenden Sineinanderwirkens und Sineinandergreifens aller edelsten Grundkräfte des Menschengeschlechtes: der Religion, der Arbeit, des allgemeinen Sineinandernehmens, der Wissenschaft in ihrem einheitlichen Zusammenwirken, der Wissenschaft, die bis zu dem Höchsten und dem Größten, dem Tiefsten und dem Verborgensten dringt, der Entdeckungen, der Industrie, der sozialen Entfaltung und des sozialen Fortschritts, eines Bombaus, für den religiöses Leben, sittliche Strafe, reines Menschentum großzügig, weitherzig und stark, einen bewußten oder unbewußten Freundschaftsbund geschlossen haben — das ist Kultur.

Meyenberg.

## Nur Generalversammlung.

II.

Im vorigen Artikel haben wir das Fazit aus der bisherigen Diskussion bezüglich der Beitrags- und Erwerbslosen-Unterstützungsfrage gezogen. Mit den andern, weniger wichtigen, in der Debatte behandelten Fragen soll in folgendem die Rede sein.

Eine Reihe von Stimmen und mehrere Anträge wünschen einen höheren Anteil der Vorkasse. Es sind das besonders solche Ortsgruppen, die bei einem bisherigen Wochenbeitrag von 60 Pfg. (darunter 10 Pfg. Vorkassenzug) zur Unterhaltung eines Beamten beitragen und eine sofortige Erhöhung des Beitrages während der Krise nicht durchführen zu können glauben.

Mit Recht haben mehrere Einsender schon darauf hingewiesen, daß solchen Wünschen im Interesse der Stärkung unserer Kriegskasse nicht Rechnung getragen werden kann. Mehr wie 15 Prozent der Wochenbeiträge dürfen nicht in Abzug gebracht werden und wo diese infolge der Aufwendungen für freigestellte Beamte nicht genügen, da müssen die Kollegen eben zu Vorkassenzug übergehen. Der christl. Holzarbeiter-Verband hat auf seiner letzten Generalversammlung den Anteil der Ortsgruppen noch unter 15 Prozent festgesetzt; dort verbleiben den Ortsgruppen von dem Wochenbeitrag von 50 Pfg. 2 Pfg. und 5 Pfg. sind an die Bezirkskasse abzuliefern. Demgegenüber stehen sich unsere Ortsgruppen mit 15 Proz., wovon 7 1/2 an den Bezirk abzuliefern sind, noch wesentlich besser.

Auch die damit verwandten Wünsche betreff Übernahme der Kosten für die Bezirksbeamten auf die Hauptkasse sind z. Bt. noch nicht durchführbar. Der Hinweis auf den soz. Verband ist hier gar nicht stichhaltig; der hat nur 8 Bezirksleiter, von denen jeder eine Zahl von 30, 40, 50 oder 60 000 Mitgliedern vertreten kann, während alle übrigen, mehr wie 200, Beamten aus lokalen Mitteln besoldet werden, ungerechnet das Heer der besoldeten Einlassierer. Die wesentliche Aufgabe unseres nächsten Verbandstages besteht darin, der Hauptkasse größere Mittel zuzuwenden, und deshalb kann an eine Erhöhung der Vorkassenteile nicht gedacht werden, wenn der Wunsch aller Kollegen betreffend Stärkung der Hauptkasse erfüllt werden soll.

Aus demselben Grunde sind auch die übrigen Wünsche, die eine Mehrbelastung der Hauptkasse im Folge haben würden, wie Herabsetzung der Karenzzeiten, Erhöhung der Streikunterstützung usw. nicht zu befürworten. Eine Reihe weiterer Kollegen haben ja in den Stimmen zur Generalversammlung ihr Bedenken dagegen geltend gemacht, und es sind ja erfreulicherweise nicht wenige

Kollegen, die keine Erhöhung, wohl aber eine Herabsetzung der Unterstüngen gefordert haben. Ob bei einigen Unterstützungsarten, wie z. B. bei der Bezugsbauer der Erwerbslosenunterstützung, nicht eine anderweitige Regelung geboten sei, darüber wird noch ernstlich geredet werden können. Mit vollem Recht wurde ja in der Debatte nochmals darauf hingewiesen, daß es ein Unrecht sei, wenn Mitglieder, die erst ein Jahr dem Verbands angehören, gerade so gut 20 Wochen ihre Unterstützung beziehen können, wie die alten langjährigen Verbandskollegen.

Mehrfach ist auch die Forderung erhoben worden, das Eintrittsgeld zu erhöhen, um die Fluktuation etwas einzudämmen. Die Befürworter dieses Gedankens haben leider vollkommen recht, daß bei den niedern Eintrittsgebühren den Eintagsfliegern Tür und Tor geöffnet ist. Bei der scharfen, oft unläuteren Konkurrenz unserer Gegnerverbände besetzen allerdings große Bedenken, das Eintrittsgeld zu erhöhen. Wenn alle Richtungen dazu bereit wären, würde unser Verband jedenfalls nicht zurückstehen, aber unter den gegebenen Umständen könnte uns ein solcher Schritt nur weitere Schwierigkeiten in der Agitation bereiten. Dennoch ist der betr. Vorschlag wert, von der Generalversammlung näher erörtert und geprüft zu werden.

Die Agitation scheint uns in der Diskussion zum Verbandstag allzu flüchtig behandelt worden zu sein, obgleich diese Frage vorläufig noch eine der wichtigsten für uns ist. Sehr treffend ist von einigen Kollegen betont worden, daß in manchen Zahlstellen die ganze Arbeit auf die Beamten abgeladen und dadurch die Agitation naturgemäß in ihren Erfolgen behindert wird. Beamte allein machen es nicht; wo die rührige Mitarbeit der Mitglieder fehlt, kann es nicht vorwärts gehen. Manche Ortsgruppe ist ohne Beamten groß und stark geworden. Das sei besonders auch jenen Kollegen gesagt, die alles von der Anstellung eines Beamten erwarten und auch zur Zeit weitere Anstellungen verlangen.

Damit wären wir bei der Beamtenfrage angelangt, die in der Diskussion im Verbandsorgan mehrfach erörtert wurde. Diese Angelegenheit muß mit der größten Ruhe und Sachlichkeit behandelt werden, wenn nicht das Gegenteil von dem erzeugt werden soll, was alle Kollegen ohne Ausnahme wollen und wünschen, nämlich gemeinsame, erfolgreiche Arbeit im Dienste des Verbandes.

Zunächst sei hier auf eine höchst merkwürdige Erscheinung hingewiesen. Früher hat man in manchen Ortsgruppen mit aller Gewalt auf die Anstellung von Beamten gedrängt, man konnte nicht laut genug schreien, und heute, nachdem die Beamten da sind, werden ihnen allerhand Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bereitet. Gewiß nicht von allen Kollegen, das wäre eine ungerechte Verallgemeinerung, aber in manchen Orten ist man glücklich schon bei einer regelrechten Beamtenhete angelangt, die von einigen Unzufriedenen inszeniert und geführt wird.

Woher diese Erscheinung? Die betr. Kollegen sind aus den gegnerischen Verbänden angereizt worden. Bewußt oder unbewußt hat das Mißtrauen gegen die Beamten in gegnerischen Verbänden auf sie abgefärbt, und die Delegiertentwahlen zur Generalversammlung waren die passende Gelegenheit, wo sich diese Strömungen auslösen konnten, was dann auch geschehen ist.

In einigen Fällen haben auch noch andere, persönliche Motive mitgespielt, wo einzelne Mitglieder, deren persönliche Hoffnungen bei der Beamtenanstellung nicht erfüllt wurden, die Gegenströmung gegen die Beamten entfacht und genährt haben. Als abschreckendes Beispiel seien da nur Machen und Mannheim, erwähnt. Doch, diese Fälle, die nun leider zur offenen Hete gegen die Beamten und Zentrale auszuwachsen, scheiden aus unserer Diskussion aus, hier seien nur einige Gedanken auf die Ausführungen jener Kollegen erwidert die — zweifellos in bester Absicht und gutem Glauben — gegen die Wahl von Beamten als Delegierten ihre Stimme erhoben, zum mindesten

verlangten, daß mehr Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis auf der Generalversammlung zu Wort kämen.

Es ist schon wiederholt im Organ betont worden, auch aus Mitgliederkreisen heraus, daß unsere Beamten keine Mitglieder zweiter Klasse sind, mithin auch ohne jede Einschränkung wahlberechtigt sind. Der hier und da laut gewordene Vorwurf, als fehlte es ihnen am nötigen Rückgrat, ihrer Aufgabe als Delegierte gerecht zu werden, ist so absurd, daß eine nähere Widerlegung überflüssig ist. Es müßten wahrlich nette Beamten sein, die ihren Verband gegen alle Gegner von rechts und links verteidigen sollen, die als Vertreter der Kollegen den Unternehmern und Behörden gegenüber treten müssen, wenn die selben Beamten nicht Mannes genug wären, auf der Generalversammlung ihrer Pflicht zu genügen. Wenn sie dazu nicht willens oder fähig wären, verdienen sie ohne weiteres mit Schimpf und Schanden aus ihrem Amte gejagt zu werden.

„Ja, (wir wollen die Beamten auch nicht ausschließen, sondern die Generalversammlung soll nicht ausschließlich aus Beamten stehen“, hören wir wieder sagen, wie es auch schon in der Diskussion geschah. Wer hat denn jemals das verlangt oder als wünschenswert hingestellt? Abgesehen von der Unmöglichkeit dieses Gedankens, da dafür gar nicht genug Beamte da sind. Die Kollegen polemisieren also gegen Einbildungen, die nur als Folgen einer Instizierung von außen zu betrachten sind.

Dann aber eine andere Seite! Wer eignet sich denn mehr zum Delegierten, der Bezirksleiter, der infolge seiner Tätigkeit ganz von selbst einen weiten Blick hat, die Zusammenhänge kennt, über die nötigen Erfahrungen verfügt, um praktische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, oder ein Kollege aus dem Arbeitsverhältnis, der — und mag er der fleißigste und fähigste Kollege sein — nicht über die Erfahrungen und die Uebersicht verfügen kann, wie ein freigestellter Beamter? Mehrere Kollegen haben in der Diskussion diese Frage ja mit erfreulicher Deutlichkeit betont. Dabei auch sehr treffend auf die Zustände im Hirsch-Dunderschen Verbands hingewiesen. Dort sind die Beamten laut Beschluß eines Verbandstages von den Generalversammlungen ausgeschlossen. Haben nun diese von den Beamten „gereinigten“ Hirsch-D. Verbandstage großartige, weitbewegende Beschlüsse gefaßt? Haben sie ihren Verband vorwärts zu bringen gewußt? Wünscht sich ein Kollege in unserm Verband vielleicht die H.-D. Zustände? Und jetzt sieht man im H.-D. Lager auch selbst ein, daß dieser Zustand unhaltbar ist und nicht nur die Verbandsleitung, sondern auch einfache Mitglieder verlangen im „Regulator“ eine anderweitige Regelung dieser Frage. Mit ihrer vermeintlichen „Demokratie“ sind sie in eine Sackgasse hinein geraten, aus der sie lieber heute wie morgen wieder heraus wären.

„Dann sollen die Bezirksbeamten auf Kosten der Zentrale alle an der Generalversammlung teilnehmen“, beantragen einige Ortsgruppen. Das ist schneller gesagt, wie ge—zahlt. Wir haben mehr wie 20 Bezirksbeamte; wenn die alle außer den 46 Delegierten an der Generalversammlung teilnehmen sollten, so würde das eine Ausgabe erfordern, für die der Hauptvorstand die Verantwortung nicht übernehmen kann, weil diese Ausgabe eben ganz zwecklos verpulvert wäre.

Nun verlangten mehrere Kollegen, daß nicht nur Beamte, sondern auch mehr Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu Wort kämen. Dabei berufen sich diese Kollegen auf die letzte Generalversammlung, — aber sehr zu unrecht. Das Protokoll weist aus, daß unter den 60 anwesenden Delegierten nur 18 freigestellte Kollegen waren. Am Sprechertisch sind 43 Namen verzeichnet, darunter 21 Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis, 16 Beamte, 3 Vorstandsmitglieder und 6 Gäste. Dann aber noch das wichtigste. Wozu sind denn die Beamten da, wenn sie für ihre Mitglieder nicht den Mund auf tun sollen? Sie sind doch unabhängig vom Scharfmachertum und können leben, ohne Gefahr der Märegung. Wenn z. B. ein Kollege

aus dem Arbeitsverhältnis die Ausführungen in Sachen gemacht hätte, die von den Beamten aus Saarabien und Oberschlesien und andern Orten vorgebracht wurden, dann hätten sie ohne Zweifel ihre Arbeitsstelle nicht mehr zu betreten brauchen und hätten auf Kosten des Verbandes auf dem Wälder gehen. Daran haben die guten Kollegen aber gar nicht gedacht, die ein Juristkürchen der Beamten gefordert haben. Sie haben das wichtigste vergessen, daß nämlich der Beamte in erster Linie dazu da ist, die Interessen der Kollegen zu vertreten und daß er infolge seiner Unabhängigkeit am besten dazu in der Lage ist. Er braucht die Interessen der Mitglieder aber nicht gegen die Zentrale zu vertreten, wo keine Interessengegenstände sind, sondern gegen die Unternehmer und Gegner, deren wir mehr wie genug auf allen Seiten haben.

Wir resumieren und sagen nochmals, es ist gefährlich und für unsere Weiterentwicklung hinderlich, wenn Gegensätze und Mißtrauen zwischen Mitgliedern und Beamten auf Grund einer falsch verstandenen Demokratie künstlich erzeugt werden. Möge diese Strömung keine weitere Nahrung finden, damit uns solche Zustände, wie im gegnerischen Lager, erspart bleiben. Sobiel vorläufig zur Beamtenfrage.

Die Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises ist von mehreren Seiten beantragt. Die Frage ist zweifellos von der allergrößten Wichtigkeit und der Verbandstag wird ihr sein Augenmerk zuwenden. Vorläufig dürfen die Hoffnungen aber nicht zu weit gespannt werden. Die unerlässliche Vorbedingung zu einem zentralisierten Arbeitsnachweis wären gutausgerüstete örtliche Arbeitsvermittlungsgen. Die fehlen uns leider noch in den meisten Orten. Hier muß also zunächst im Kleinen aufgebaut werden, um dann nachher das Ganze zusammen zu fügen. Sicher ist, darüber herrscht ja volle Einmütigkeit, daß wir dem Arbeitsnachweis in Zukunft eine größere Sorgfalt wie bisher zuwenden müssen.

So hat der kommende Verbandstag eine ganze Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen, eine umfangreiche Arbeit zu leisten. Mögen sich alle Delegierten vom Gesamtwohl des Verbandes und der Kollegenschaft leiten lassen; tun sie das, dann wird die Arbeit des Münchener Verbandstages seine segensreichen Nachwirkung für die Weiterentwicklung unserer Organisation im Gefolge haben.

### Weg mit dem Pessimismus.

Unter dieser Ueberschrift brachte kürzlich die Zentralarbeiterzeitung, das Organ des christlichen Zentralarbeiterverbandes, folgende, auch für die Situation in unserm Verbands sehr zutreffende Ausführungen, die wir mit einigen Veränderungen wiedergeben. Das genannte Bruderblatt schreibt:

Pessimisten nennt man jene Sorte von Menschen, die dem Leben keine sonnige Seite abgewinnen können, die diese Welt als ein ganz erbärmliches Jammerthal betrachten, stets „grau in grau“ malen, die wenig glauben und noch weniger hoffen, die bei allen Unternehmungen ahnen, daß es „schief gehen wird“ und auch stets das am ehesten herausfinden, was gegen eine Sache spricht. Sie sind auch in unserm Verbands zu finden und stellen sich besonders dann mit tödlicher Sicherheit ein mit ihren „Schwanen-

gefängen“ wenn irgend eine wichtige Aktion in der Organisation unternommen werden soll.

Kann es wohl etwas Schädlicheres für die Gewerkschaftsbewegung geben als Pessimismus? Hätte unsere Kollegen nicht immer ein freundiger Optimismus befeelt, dann wären wir mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung, speziell mit unserm Verbands, nicht so weit gekommen, als wir wirklich sind. Pessimismus erstickt die Arbeitsfreude und trübt den Blick. Nur der lebendige Glaube an die Sieghaftigkeit unserer Sache und die freundige Auffassung der schwierigen Verbandsarbeit sind die Quellen der Kraft und des Erfolges für die Arbeiterberufungsorganisationen. Und nur dieser freundige Optimismus wird in der Lage sein, auch über schwierige Zeiten im Verbandsleben ohne nachhaltigen Schaden hinwegzuhelfen. Wo die Kollegen sich vom Pessimismus beherrschen lassen, da geht die Freude zur Arbeit schnell aus, da fehlt überhaupt die Fähigkeit, eine Sache richtig aufzufassen und zu beurteilen. Mit unseren größeren Zielen muß unser Mut und Optimismus wachsen, wenn wir, um mit dem Dichter zu reden, „unser Jahrhundert in die Schranken fordern wollen.“

Dieser Pessimismus wirkt wie zersetzendes Scheidewasser. Statt den Mitgliedern Mut zu machen, in schwierigen Situationen sie aufzurichten und aufzuklären, sie zu überzeugen von der Notwendigkeit einer geplanten Einrichtung oder einer getroffenen Maßnahme, um sie mit allen Mitteln an den Verband zu fesseln, stürzt man oft in Mitgliederversammlungen wehmütige Klageslieder an und nimmt so auch den anderen, den letzten Rest von Mut und — treibt sie vielfach aus dem Verbands hinaus.

Wenn die Agitation nicht die gewünschte Mitgliederzunahme gebracht, werden die Pessimisten mutlos, weil nach ihrer Meinung „doch alles nichts helfen“ kann. Daß es nur jahrelanger, gründlicher Pionierarbeit Frucht sein kann, die Arbeiterschaft aus dem Sumpfe des geistigen Indifferentismus herausgezogen und zu regem, geistigen Leben erweckt zu haben, können sie nicht begreifen. Das Sprichwort ist ihnen fremd: „Nacklos vorwärts mußt du streben, nie ermbet stille stehn, willst du die Vollendung sehn.“ Es ist ihnen noch nicht genug in Arbeit und Müht übergegangen, daß soziale Arbeit zu leisten eine ständige Pflicht ist. Und wenn darum nicht alles mit Riesenschritten voran geht, dann lassen sie gleich alle Hoffnung fahren. Nach einer unglücklich beendeten Lohnbewegung meinen sie gleich, alle Brücken zu besetzen seien abgebrochen. Diese Kleinmütigen! Anstatt aus dem Mißerfolge die Lehre zu ziehen, daß es noch einer weiteren Kräfteansammlung bedarf, zerstreuen sie das Werk, das die soziale Ungerechtigkeit doch einmal niederbringen würde. „Ich trete aus, es nützt doch nichts!“, das den Vertrauensmännern entgegenzusprechen, haben sie noch „Mut“ behalten. Und das wirkt dann wie ein ansteckendes Fieber, bis die Frucht harter Verbandsarbeit vielfach ganz zerstört ist. Der Gegner lacht und denkt: „Die Dummen!“

Die Pessimisten haben sich auch jetzt wieder eingefunden, wo die Frage der Beitrags- und Unterstützungszufuhr zur Debatte steht. Das Menetekel der Mitgliederflucht wird an die Wand gemalt. Das ist gewiß gut gemeint und auch besonders erklärlich mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur. Aber die Wirkung. Der eine spricht dem andern vor und sucht ihm glaubhaft zu machen. Und schließlich hat

sich der Pessimismus einer ganzen Ortsgruppe bemächtigt zum Schaden der Kollegen und des Verbandes. Warum suchte der fixe Kollege seine Mitarbeiter im Verbands nicht von dem Gegenteil zu überzeugen? Nur das kann die Mitglieder halten. Aufklärung, die Sache mehr von der guten Seite betrachten und behandeln! Dann kann keine Mitgliederflucht in größerem Umfange eintreten. Unser Kaiser hat ein stolzes Wort gesprochen, das wir auch im Gewerkschaftsleben immer beherzigen sollten: „Aufs Ziel das Auge, die Schwarzseher verbannt!“

Dürfen wir uns denn im Verbands von der Ansicht jener bestimmen lassen, die bei einer Beitragserhöhung wirklich austreten? Wenn wir uns in unserer bedeutenden Kulturbewegung leiten lassen von jenen Kollegen, deren Denktreis nicht über den heutigen Tag und über die engen Grenzen ihres Heimatsbüschens hinausgeht, deren Solidaritäts- und Standesstimm noch nicht so weit entwickelt ist, daß sie auch Opfer für diese Tugenden bringen können, dann verdienen wir den Namen Kulturbewegung nicht. Wir sind doch eine Bewegung, die vorwärts will. Dürfen wir uns da den Zusätfierungen jener hingeben, die stehen bleiben oder rückwärts wollen, die selber unser schönes Ziel noch nicht kennen oder den Weg zu beschwerlich finden dahin und darum den Aufstieg nicht mitmachen mögen? Nein! Dann würden wir nicht vorwärts kommen. Dann würde unser Verbands als ein erbärmliches Charakterbild in der Gewerkschaftsgeschichte schwanen, als große Warnung dafür, wie man Gewerkschaftspolitik nicht betreiben darf.

Es ist ja richtig: nach jeder Beitragserhöhung können dem Verbands Mitglieder verloren gehen und infolge der Krise kann der Mitgliederverlust vielleicht größer sein, als in regulären Zeiten. Aber hat der Verbands dem nicht jedesmal den Verlust durch Vermehrung der Eintritte mehr als ausgleichen können? Gerade die letzten Jahre mit den höheren Beiträgen haben unserem Verbands die innere und äußere Kräftigung gebracht. Die geleistete Erziehungsarbeit und die Erscheinungen der Zeit sind auf die Arbeiterschaft hoch nicht ohne Wirkung geblieben. Man hat doch mehr erkannt, daß eine Gewerkschaft mit niedrigen Beiträgen unvollständig sein und die Interessen ihrer Mitglieder wirksam vertreten kann. In unserer Zeit der Massenausperrungen ist eine Gewerkschaft mit niedrigen Beiträgen ein Spielzeug in der Hand des organisierten Unternehmers.

Wir werden einen Mitgliederverlust diesmal um so sicherer wieder wett machen, weil bei Einsetzen eines besseren Geschäftsganges die Arbeiterschaft die Schädigungen an Lohnreduzierungen usw. durch Forderungen wieder ausgleichen will. Dann muß für die Organisation die Zeit der Ernte gekommen sein.

Darum keinen Pessimismus! Mögen sich besonders die Vorstände, Vertrauensmänner und die Delegierten für die Generalversammlung davor in acht nehmen, sich von dem durch den schlechten Geschäftsgang aufgekommenen Pessimismus anstecken zu lassen. Wenn die Beratungen in München unter dem Eindruck der Krise gepflogen würden, dann würde diese Generalversammlung ihren Zweck nicht erfüllen. Und das kann kein Mitglied wünschen. — Darum fort mit der Schwarzseherei. Frisch gewagt, ist halb gewonnen, dem Mutigen gehört die Welt!

### Deutscher Fleiß.\*)

„Eine neue Zeit ist angebrochen“ sagten schon in den ersten Jahrzehnten und um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Menschen, als sie sahen, wie die Dampfkraft anfang, die Eisenbahnen über das Land und die Schiffe über Flüsse und Meere zu treiben. Sie beobachteten ferner, wie allwärts auch Maschinen anderer Art erbaut wurden, die nun sich anschickten, in den gewerblichen Betrieben die Handarbeit zu unterstützen oder teilweise ganz überflüssig zu machen und zu verdrängen.

Inzwischen war auch das Netz der Telegrafen immer enger und weitspannender geworden. Schon umfaßte es ganz Europa und große Teile von Amerika. — In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts schickten sich auch die bisherigen Zwischenräume, ganze Weltteile wurden von den vermittelnden Drähten umspannt; und hinreichend hergestellte Kabel leiteten den elektrischen Strom, der die Gedanken und Worte der Menschen überträgt, durch die Weltmeere von einem Festland zum andern.

Das alles waren in der Tat wunderbare Erscheinungen, Verkündiger des Anbruchs eines neuen Abschnittes im Kulturleben der Menschheit.

\*) Unter diesem Titel ist soeben ein Buch erschienen, das eine Sammlung interessanter Studien und Schilderungen aus dem gewerblichen Leben Westdeutschlands enthält. Mit Erlaubnis des Verfassers bringen wir das Vorwort des Werkes — später vielleicht auch noch einige Teile der Einleitung — zum Abdruck. Näheres über das Buch und dessen Inhalt siehe unter „Literarisches“ auf der letzten Seite des Heftes. — Verlagen wollen wir dann noch, daß demnächst auch mehrere interessante Aufsätze über die Stahlwarenindustrie des Bergischen Landes (Singen-Hemmel) aus der Feder desselben Verfassers im „Deutschen Metallarbeiter“ zum Abdruck gelangen.

Dann kam für Deutschland die große Zeit von 1870 und 1871; die Einigung und ein unerhörter Aufschwung in der inneren und äußeren Entwicklung des Landes. Aber gleichzeitig oder kurz darauf schufen die neuen Erzeugnisse der Wissenschaft und Technik auch in allen anderen Kulturstaaten eine tiefere innere Umwandlung und eine früher nicht gekannte Anspannung und Ausbreitung der geistigen Kräfte der Völker.

„Eine neue Zeit ist angebrochen“, konnten also vor 50 bis 60 Jahren die Menschen mit Fug und Recht sagen, wenn sie Umschau in die Welt hielten. Aber wir jüngeren haben noch genau dasselbe Recht zu solcher Behauptung für unsere gegenwärtige Zeit. Die großen bahnbrechenden Erfindungen folgten seitdem Schlag auf Schlag. Die Naturwissenschaften feierten auf allen Gebieten wunderbare und unsterbliche Triumphe; siegreich erweiterte sich der Raum der menschlichen Erkenntnis. Die Technik griff mit jeder Hand zu und machte alle neuen Erzeugnisse schnell dem Verkehrs- und Erwerbsleben dienstbar.

Der Fernsprecher trat in einen fördernden Wettbewerb mit dem Telegrafen. Die Dampfkraft, die bis dahin schon wahre Wunderwerke von Maschinen in Betrieb gesetzt hatte, sah neben sich in den Gasmotoren die Explosionsmaschinen aufkommen. Sie wurde dann in zahlreichen Betrieben durch die Elektrizität ersetzt, die nicht nur zugleich Kraft und Licht zu spenden vermag, sondern auch eine Fortleitung der Kraft auf weite Entfernungen gestattet. In ihrem Dienst stellte man nun auch manche von den gewaltigen und unergründlichen natürlichen Kräften der Erde. Die Wasserfälle in den Gebirgen und der riesige künstlich geschaffene großartiger Stauseen wurden in ihren Arbeitsleistungen umgesetzt in lebendige, dem Menschen dienstbar gemachte Kraft.

Wir Menschen der Gegenwart aber sehen mit Staunen, wie in unseren Tagen ein Problem gelöst worden ist, das seit den ältesten Zeiten als ein schöner Traum und kaum erhofftes Ziel menschlichen Scharfblickes die Geister beschäftigt hatte: das lenkbare Luftschiff. Und zu gleicher Zeit, wo dies wunderbare Fahrzeug seine ersten Fahrten antritt, eilen als neue Erzeugnisse von hohen Stationen vermittels der drahtlosen Telegrafie elektrische Wellen durch ungemessene Räume und übermitteln Worte und Gedanken selbst zu fernem, einsamen Schiffen, die den Ozean befahren.

Wahrlich ein hoher Optimismus müßte ob solcher Erfolge allgemein die heutige Menschheit beselen; und es kann deshalb nur als eine trankhafte Erscheinung aufgefaßt werden, wenn statt dessen, gerade in unseren Tagen der Pessimismus sich mehr breit macht, denn je zuvor. Aber vielfach ist die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die im Grunde genommen nur von einer winzigen Minderheit getragen wird, für die große Masse des Volkes gar zu schnell und überraschend gekommen, und die plötzliche Umwandlung der gesellschaftlichen Ordnung, die sie im Gefolge hatte, konnte nicht ohne manche Verschüben und Mißverhältnisse abgehen. Man hat nicht Schritt halten können mit dem ungewohnten äußeren Fortschritt und sieht sich verwundert in eine neue Welt verlegt. Das weckt bei manchen ein gewisses Unbehagen; denn Unkenntnis erzeugt Mißvergnügen beim denkenden Menschen.

Es gibt heute zahlreiche Menschen, selbst unter den Gebildeten, die sich nur wehmütig in die für immer entschundene Vergangenheit und enghorizontale Dämmerkammer verfloßener Zeiten zurückversetzen, die es verabsäumen und sich nicht die Mühe geben, die Poesie der neuen Zeit, die heutigen Erscheinungen des

# Internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer.

In Zürich, jener Stadt in der Schweiz, die im Laufe der Zeit gerne zu internationalen Konferenzen und Kongressen gewählt wurde, traten in den Tagen vom 2. bis zum 5. August die christlichen Gewerkschaftsführer einer Reihe europäischer Länder zur ersten internationalen Konferenz zusammen. Zweck derselben war die Beratung über einen festen, internationalen Zusammenschluß der christlichen Gewerkschaften der einzelnen Länder, sowie Einheit in den Grundsätzen und Zielen der Bewegung herbeizuführen. Die Anregung und Vorbereitung dieser Konferenz ging von Deutschland aus. Schon auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Essen 1904 wurde die Notwendigkeit einer solchen Konferenz betont und beschlossen dieselbe in die Wege zu leiten, jedoch waren die Vorbedingungen in den einzelnen Ländern hierzu noch nicht gegeben. Sowohl auf dem Breslauer Kongress als auch in einer Reihe Sitzungen des Vorstandes des Gesamtverbandes wurde die Angelegenheit weiter verfolgt und in diesem Jahre der Zeitpunkt für gekommen erachtet, an die Durchführung des Planes zu gehen. Ein Rundschreiben des Generalsekretariats in Köln im Februar d. Js. an die Organisationen der einzelnen Länder hatte den Erfolg die freudige Zustimmung zu finden.

Vertreten waren die Länder Deutschland, Schweiz, Oesterreich, Italien, Belgien, Holland, Rußland und Schweden in durch 65 Delegierte und 24 Gäste. Deutschland war durch 30 Delegierte, die außer den Kollegen Stegerwald, Giesberts und Brauer vom Gesamtverband auf die einzelnen Organisationen entfielen, vertreten. Unser Verband war durch den Zentralvorstehenden Kollegen Weber und Kollegen Klotz vertreten.

Aus Oesterreich waren 8 Delegierte, 8 Gäste, Italien 2 Delegierte, 2 Gäste, Belgien 6 Delegierte, 2 Gäste, Holland 7 Delegierte, 2 Gäste, Rußland 1 Delegierter, Schweden 2 Delegierte und aus der Schweiz 10 Delegierte und 14 Gäste anwesend.

### Zur Tagesordnung standen:

1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern.
2. Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart.  
Referent: J. Giesberts-M. Gladbach.
3. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit internationaler Beziehungen und Gründung eines internationalen Sekretariats.  
Referent: René Debrunne-Gent (Belgien).  
Korreferent: C. M. Schiffer-Düsseldorf.
4. Die organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten.  
Referent: Spalowsky-Wien  
Korreferent: Herm. Vogelsang-Essen.
5. Internationale Konferenzen der einzelnen Berufsverbände.

Der Tagung voraus ging am Sonntagabend eine von dem Züricher Ortskomitee veranstaltete Begrüßungsverammlung, die in allen ihren Teilen glänzend ver-

lief. Den Fernvortrag hatte Kollege Weber übernommen, der über die Bedeutung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften überhaupt, sowie in der gesamten Volkswirtschaft aller Länder sprach, und nicht endenwollenden Beifall auslöste. In Deutschland seien wir aus eigener Kraft groß geworden, sodas heute die deutsche sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbewegung nicht nur mit uns als mächtiger Faktor rechne, sondern ohne und gegen uns nichts mehr unternehmen könne. Mit einem begeistert aufgenommenem Hoch auf die internationale Einigkeit schloß er seinen trefflichen Vortrag. Kurze Begrüßungsansprachen hielt alsdann Reichstagsabgeordneter Rundschaft-Wien, Werwede-Holland, Debrunne-Belgien, Galbiati-Italien, Nilsson-Schweden, Neumann-Lodz (Rußland) und Dr. Boehmerge-Schaffhausen (Schweiz). Leckerer zog in äusserer Weise zwischen der ersten internationalen Konferenz der christlichen Gewerkschaften und dem Nürtinger Bund eine Parallele. Mit einem wirkungsvollen Schlusssort des Kollegen Giesberts fand die Feier ihr Ende.

Die Beratungen begannen am Montagmorgen 9 Uhr. In der Eröffnungsrede des Kollegen Schiffer, Vorsitzender des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften Deutschlands, gab derselbe der Erwartung Ausdruck, das die Verhandlungen von nüchternen Ueberlegung und praktischer Arbeit getragen sein mögen.

Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde Schiffer-Deutschland, zum zweiten Vorsitzenden Breilmaler-Schweiz, zu Beisitzern Ullrich-Oesterreich, Debrunne-Belgien, Werwede-Holland, Colombo-Italien, Sjbbin-Schweden, Neumann-Rußland gewählt. Als Dolmetscher fungierte Brauer-Köln.

Zum Bericht „Ueber Stand der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern“, gab Generalsekretär Stegerwald-Köln unter Hinweis auf das, den einzelnen Delegierten ausgehändigte Zentralblatt vom 15. Mai, worin der Bericht über die christlichen Gewerkschaften Deutschlands enthalten ist, einen zusammenfassenden Ueberblick über unsere christliche Gewerkschaftsbewegung in ihren Grundlagen, Organisationsform, Aufbau, Ueberleitung und Einrichtungen. Deutschland besitze eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung, von der die Gewerkschaftsbewegung einen der mächtigen Arme derselben darstelle.

Ueber Oesterreich berichtet Spalowsky-Wien, das heute ca. 63 000 christlich organisierte Gewerkschaftler vorhanden sein. Die Bewegung habe unter großen nationalen Gegensätzen zu leiden, die nicht nur die Nationalen gewaltig erschweren, sondern auch der Zentralisation hinderlich im Wege ständen. Man schreie aber vor den Schwierigkeiten nicht zurück. Zu Weihnachten solle der erste christliche Gewerkschaftskongress stattfinden. Ein von Tirol aus unternommener Versuch, das konfessionelle Moment in die Bewegung hineinzudrängen, sei abgeschlagen und hoffentlich endgültig beseitigt worden.

Breilmaler-St. Gallen berichtet über die Bewegung in der Schweiz. Aus kleinen Anfängen im Jahre 1900 seien allmählich stätliche Fortschritte ge-

macht worden, sodas heute 9 Berufsverbände mit ca. 5800 Arbeitern und 6000 Arbeiterinnen organisiert seien. Auch hier stehe der Bewegung der eiferstichtige „Kantongel“ sehr erschwerend im Wege.

Sullivan-Holland entwickelt das Bild der holländischen Bewegung. Er klagt über die Zersplitterung derselben in konfessionelle und interkonfessionelle Gewerkschaften. Durch Uelaf der holländischen Bischöfe sollen die katholischen Arbeiter sich nur in katholischen Gewerkschaften organisieren, die allerdings ein anderes Gesicht haben wie die Verklühter Fachabteilungen, da sie den Streit nicht nur anerkennen als gewerkschaftliches Kampfmittel, sondern auch praktisch betätigen. Auf evangelischer Seite herrsche noch eine größere Zersplitterung und Gegenfug gegen die Gewerkschaften. Die kathol. Gewerkschaften zählen ca. 10000, die evangelischen 2000 und die interkonfessionellen Verbände, worunter hauptsächlich die Textilarbeiter, Metall- und Bergarbeiter fallen, 5500 Mitglieder. Eine straffe Landeszentralorganisation sei notwendig.

Belgien hat nur auf interkonfessioneller Grundlage stehende Verbände. Nachdem Bericht von Debrunne Gent bestehen 20 Berufsverbände mit ca. 20 500 Mitgliedern. Daneben bestehen noch andere auf christlicher Grundlage stehende Verbände der Wandrer und Ziegeleiarbeiter, sodas insgesamt ca. 50 000 organisierte Mitglieder in Frage kommen. Die Steigerung der Bewegung betrage in den letzten Jahren 30-40%.

Die nachfolgenden Berichte aus Italien, Rußland und Schweden schilderten die großen Schwierigkeiten in diesen Ländern. In Italien sind bis jetzt 18 800 christlich organisiert auf konfessionellen Boden wie in Holland. In Schweden ist nach dem Bericht Sjbbins der im Jahre 1899 gegründete Schwedische Arbeiterbund der Träger der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der bis jetzt ca. 12 000 Mitglieder zählt. Mit Nachdruck und Entschlossenheit weist Nebner die fortgesetzte sozialdemokratische Behauptung zurück als sein sie „gelbe Gebilbe“. In dieser Sache hat sich auch die hiesige sozialdemokratische Presse betätigt. Neuerst schwierig liegen die Verhältnisse in Rußland. Es bestehen dort bis jetzt zwei Organisationen und zwar eine katholische, „Christliche Demokratie“ genannt, die ca. 50 000 Mitglieder umfassen soll und die Gewerkschaft „Evangelischer Textilarbeiter in Lodz mit ca. 3000 Mitglieder. Letztere ist nur den Namen nach konfessionell weil die schwierigen Verhältnisse dies erfordern. In Praxis nimmt dieselbe auch Katholiken auf, so in Lodz über 500. Politisch muß die Bewegung schon aus den russischen Zuständen heraus neutral sein, aber auch grundsätzlich will die Bewegung dies sein. Die Sozialdemokratie sei in Rußland durch die revolutionären Bewegung das größte Hindernis für die gewerkschaftliche Arbeit. Trotzdem gehe es vorwärts mit der Entwicklung, um die Arbeiter aus ihrer überaus schlimmen Lage zu heben.

Nunmehr folgt das Referat des Kollegen Giesberts über:

### Wesen und

Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Ausgehend von der neuzeitlichen kapitalistischen Entwicklung, die in ihrer Tendenz in allen industriereichen Ländern die gleiche sei und des dadurch geschaffenen Lohnarbeiterstandes, begründet er die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung, erläutert ihre Zweckbestimmung, woraus das Wesen und die Aufgaben derselben mit Naturnotwendigkeit sich ergeben. Die Lage des Lohnarbeiterstandes, die Lohnhöhe und Arbeitszeit, die den Gradmesser für die Lebenshaltung abgeben, die materielle, geistige und sittliche Hebung derselben, fordere eine einheitliche geschlossene Gewerkschaftsbewegung, die wir in den christlichen Gewerkschaften begründet haben im Gegensatz zur sozialdemokratischen Bewegung, welche ihre Bewegung mit Dingen befaßt habe, die nicht in die Gewerkschaft gehörten. Aus der Zweckbestimmung der Gewerkschaften folge mit Recht der interkonfessionelle und politisch neutrale Charakter derselbe.

Nach eingehender Darlegung der Aufgaben auf dem Gebiete der Selbsthilfe und Staatshilfe bedauerte Nebner die konfessionelle Zersplitterung, die nicht im Interesse des Arbeiterstandes liege. Neugierige Propaganda nach irgend einer Richtung zu treiben kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein. Diejenigen, die die Gewerkschaftsbewegung auf konfessionellen Boden stellen möchten, vergessen eins: das in dem Moment, wo eine Gewerkschaft sich als kirchliche Organisation bekennt und organisiert, ihr der Rücken gebrochen ist im wirtschaftlichen Kampfe. Denn keine Kirchen-gemeinschaft kann und wird die Verantwortung auf sich nehmen können für die Interessenkämpfe der Arbeiter. Deshalb geht auch jene Richtung darauf aus, Streit unmöglich zu machen, und sie hat, wie wir ihr nachgewiesen haben, zu diesem Zwecke schon mehr als einmal Streikbrecherdienste geleistet. Deshalb haben wir von jeher eiferstichtig darüber gewacht, das in Deutschland keine Leute in unsere Bewegung hineinzutreiben, die nach

Menschenlebens und der modernen Kultur zu ergründen und sich daran zu erfreuen. Wer Gelegenheit findet, vielfältige, neuzeitliche Einrichtungen und Großbetriebe zu besichtigen, die Wirkung gewaltiger Naturkräfte zu studieren, die in ihnen dem Menschen dienstbar gemacht werden und ben leitenden Fäden irgend eines gewerblichen Vorganges aus der verwirrenden Fülle vielfältiger Vorrichtungen und Maschinen herauszufinden, dem tritt vor das geistige Auge ein wunderbares Bild von Schönheit, jüngerreicher Harmonie und Kraft.

Es gibt auch eine Poesie der Arbeit, und wer sie erfasst hat, dem bieten die modernen Großbetriebe eine Fülle derselben, ohne das dabei sein Auge und sein Geist verschlossen zu sein brauchen für manchen Mißklang, für manchen Uebelstand, den die Zukunft noch ausgleichen muß.

Kaum ein Gebiet der Erde, selbst Amerika, England und das übrige Deutschland nicht ausgenommen, bietet auf verhältnismäßig engem Raume zu solchen Studien und Betrachtungen einen geeigneteren Boden und Schauplatz, wie gerade Westdeutschland und insbesondere unsere beiden Schwesterprovinzen Rheinland und Westfalen. Kaum gibt es eine Industrie, die hier nicht ihre Pflege fände. Der Bergbau, auf die vielfältigsten Bodenschätze steht in Blüte; die Großgewerbe der Kohle und des Eisens besitzen hier eine Weltbedeutung und beschäftigen viele tausende von Menschen. Aber auch die Textil- und keramische Industrie nebst hundertfältigen anderen Groß- und Kleingewerben haben hier eine Stätte und haben sich mit ihren Erzeugnissen zum Teil eine Weltstellung erworben. Ein gewaltiger und großzügiger Handel mit weitspannenden Beziehungen vermittelt den Austausch dieser Erzeugnisse mit dem In- und Ausland. So bunt und wechselvoll ist das Bild rheinisch-westfälischer Handels- und Gewerbetreibender, das sich in ihm

lischen Handels- und Gewerbetreibender, das sich in ihm gewissermaßen das gesamte Leben der gleichen Betriebe innerhalb des deutschen Vaterlandes widerspiegelt und durch dasselbe verständigt wird.

Es wurde schon gesagt, das es eigentlich für jeden Menschen wünschenswert sei, das er sich mit diesen Erscheinungen des vaterländischen und insbesondere heimatischen Industrie- und Handelslebens, auf denen an erster Stelle unsere ganze heutige Kulturentwicklung ruht, vertraut mache. Eigie Forderung gilt aber ganz besonders für den Gebildeten, dem der Gedanke einer inneren, ursächlichen Zusammengehörigkeit in all diesen Erscheinungen vorschwebt und der nach ihrer Erkenntnis strebt. Dem jungen Kaufmann darf es heute nicht mehr genügen, nur die Vorgänge im eigenen Betriebe zu kennen, in dem er jeweilig tätig ist; man darf mit Zug und Recht von ihm auch einen Ueberblick über verwandte und fremde Erscheinungen der Industrie fordern, der seinen Blick für das Gesamt-leben erweitert. Aber auch unseren Schülern, sowohl auf der höheren, wie auch in den Volksschulen tut es not ab und zu einmal einen Gang zu den Arbeitsstätten der Groß- und Kleingewerbe, zu den Warenhallen und Kontoren der Kaufleute zu machen und sich hier mit achtamen Sinnen umzuschauen.

Aus solchen Erwägungen und vielseitigen Bedürfnissen heraus übergab ich die vorliegende Sammlung von Schilderungen aus dem Gebiete der Gewerbe und des Handels der Öffentlichkeit. Bestärkt wurde ich in diesem Vorfug durch die vielen anerkennenden Aufschriften herausgeber Verleger in diesem Buche be-handelter Industriezweige nach der ersten Veröffentlichung der einzelnen Arbeiten.

Karl Böllbach.

ber einen oder andern Seite hin religiöse Propaganda machen wollen. (Lebhafte Beifall.) Und andererseits bedeutet die Forderung, daß die Gewerkschaften politisch neutral sein sollen, durchaus nicht, daß der einzelne Gewerkschaftler politisch versimpeln soll. Wer auf gewerkschaftlichem Gebiete seinen Mann steht, der wird auch auf politischem Gebiete die Augen offen halten und er wird es verstehen, auch seine politischen Forderungen durchzusetzen; nur tut er's nicht innerhalb der Gewerkschaft, sondern außerhalb derselben. Wir in Deutschland sind jedenfalls stolz darauf, daß wir uns nicht in das Schlepptau der einen oder der anderen Richtung haben nehmen lassen, sondern unsere volle Selbstständigkeit und zu wahren wußten. Die religiöse und soziale und politische Schulung der Arbeiter verweisen wir dorthin, wohin sie gehört: in die konfessionellen Arbeitervereine, und diese Arbeitsteilung ist es nicht zum wenigsten, der die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Folge verdankt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Das Referat löste eine lebhafteste Debatte aus, an der sich die Vertreter der einzelnen Länder beteiligten. Dr. Poell-Holland verteilte die holländischen katholischen Gewerkschaften, die aus der Eigenart der heimischen Verhältnisse erklärt werden müßten. Vorstehender Schiffer hält die Gründe nicht für ausreichend und betont, bei guten Willen müßte eine Einigung in Holland möglich sein. Stegerwald-Köln gibt seiner Verwunderung Ausdruck über den Erlaß der holländischen Bischöfe. Die katholischen Arbeiter sind keine Mitlieder zweiter Klasse in der katholischen Kirche. Solange die kirchliche Behörde den Arbeitgebern und anderen Berufsständen nicht verbietet sich mit Andersgläubigen zu koalieren, steht weder dem Papst noch den Bischöfen das Recht zu, den katholischen Arbeitern hier in dieser rein wirtschaftlichen Frage zu verbieten, sich interkonfessionell zu organisieren.

Gegenüber Dr. Poell-Holland bemerkte er, daß es ein grundsätzlicher Unterschied sei, ob die holländischen Arbeiter sich in katholischen Turn- und Gesangsvereinen, oder sich in kath. Gewerkschaften verbinden, da Letztere als Voraussetzung zur Erreichung gewerkschaftliche Ziele die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter bedingte. Gegen Kammerholland betonte er, daß dessen Behauptungen, der Kongreß habe nicht das Recht in ihre Angelegenheit hinein zu reden, nicht ganz zutreffen. Man habe das weiteste Entgegenkommen auf dieser ersten Konferenz gezeigt, jedoch müßten die Grundlagen für weitere Arbeiten geschaffen werden.

Runschak-Wien betont, daß die holländischen katholischen Gewerkschaften doch wesentlich andere Gehtilde seien, als die im Berliner Herentessel gebräute Organisationsform. Grundsätzlich stehe er auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung interkonfessionell sein müsse. Trotzdem stehen keine Hindernisse im Wege eine tatsächliche internationale Einheit zu schaffen, im Uebrigen den holländischen Streit vorläufig als eine häusliche Angelegenheit zu betrachten. Hiermit kann sich Wieber-Berlin nicht einverstanden erklären. Die Konferenz müsse einer Ueberanzzeit der Einigung das Wort reden, da sonst „fortgemurrt“ und die praktische Arbeit vergessen werde. Wir können nicht dulden, daß in Zukunft interkonfessionelle und konfessionelle Gewerkschaften einer internationalen Vereinigung angehören. Wieber-Duisburg erinnert an die Kämpfe in Deutschland gegenüber der Fabrikarbeiterbewegung, deren Leiter bisher im Interpretieren kirchlicher Erlasse bläher das Mögliche geleistet hätten. Hier gehe, wenn je, das Wort: „Widerstehe im Anfang.“

Außer diesem Teil der Debatte wurde über die grundsätzlichen Aufgaben der Bewegung ein lebhafter Gedankenaustausch geführt, an dem Schirmer-München, Becker-Berlin, Dr. Voemborg-Schaffhausen, Wieber-Duisburg, Stegerwald-Köln, und in seinem Schlußwort Giesberts-M.-Gladbach sich beteiligten, und der zur Klärung mancher Fragen wesentlich beitrug.

Als Ergebnis der Debatte wurde beschlossen, demnächst einen Aufruf an die christlichen Arbeiter aller Länder zu erlassen.

Am zweiten Verhandlungstage folgte das Referat über: **Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit internationaler Beziehungen und Gründung eines internationalen Sekretariats.**

In längeren Ausführungen bearbeiteten Referent De Bruyn-Gent und Korreferent Schiffer die Schaffung einer solchen Institution, in deren Anschluß folgende Resolution zur Annahme gelangte.

Die internationale christliche Gewerkschaftskonferenz beschließt:

- I. Es wird den christlichen Gewerkschaftsorganisationen in allen Ländern empfohlen:
  - a) Die Aufnahme leistungsfähiger, möglicher zentralisierter Industrie- bzw. Fachverbände auf christlicher (interkonfessioneller), parteilosig neutraler Grundlage.

b) **Zusammenschluß (Föderation) der einzelnen Industrie- (Berufs-, Fach-) verbände zu Landeszentralen mit einheitlicher Leitung (Gewerkschaftskommissionen, Gewerkschaftsausschuss etc.)**

II a) Als Zentral- und Geschäftsstelle für die internationale Vereinigung der Landeszentralen beschließt die Konferenz die Gründung eines allgemeinen internationalen Sekretariats für die christlichen Gewerkschaften aller Länder.

b) Das internationale Sekretariat wird dem Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herrn A. Stegerwald-Köln a. Rh. Palmstraße 14 übertragen.

Die Landeszentralen leisten an das internationale Sekretariat einen Jahresbeitrag von 1/2 Bfg. pro Mitglied. Die Kasse darf nur zu geschäftlichen Unkosten in Anspruch genommen werden.

III. Es wird eine leitende internationale Gewerkschaftskommission gebildet, in die jede Landeszentrale auf je (bezügliche) 100 000 Mitglieder einen Vertreter entsendet. Die Kommission tritt nach Bedarf, mindestens jedoch alle zwei Jahre zusammen.

IV. Die Landeszentralen verpflichten sich, an das Sekretariat jede erforderliche Auskunft zu erteilen, so allem aber, alljährlich statistische Angaben über Stand, Entwicklung und Leistungen der einzelnen Organisationen einzuwenden.

V. Die einzelnen Gewerkschaftsverbände sind gehalten, dem internationalen Sekretariat regelmäßig ihre Fachblätter zuzustellen.

Im Anschluß daran wird beschlossen, daß das internationale Sekretariat am 1. Januar 1909 in Kraft treten soll. Die bis dahin entstehenden Unkosten übernimmt Deutschland.

Am dritten Verhandlungstage folgte das Referat über „Die organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten.“

Das Referat von Spalowski (Wien) und das Korreferat von Vogelgang-Essen zeichnen in großen Zügen die Schwierigkeit und Unhaltbarkeit der Verhältnisse, wie sie heute vorliegen:

Es ist natürlich, daß an den Grenzgebieten sich die Unterschiede in der Sozialgesetzgebung, insbesondere soweit der Arbeiterschutz in Betracht kommt, in hervorragendem Maße fühlbar machen. In der Agitation zugunsten der Verbesserung von Verbesserungen auf diesem Gebiete aber wird empfohlen, daß jede Organisation eigene Wege gehen möge. Wo jedoch die Grenzgebiete auf beiden Seiten der Grenze eigentlich nur ein einheitliches Industriegebiet vorstellen, ist ein möglichst festes Zusammengehen der Organisationen der Länder in den Fragen der Verbesserung des Arbeitsvertrages dringend anzuraten, insbesondere sollte das Vorgehen bei Lohnbewegungen ein gemeinsames sein. Eine der wichtigsten Aufgaben, die den Organisationen an der Grenze erwächst, ist die Aufklärung über die gegenseitigen Verhältnisse und die Zustände des Landes. Diese Aufklärung, die den vielfach lügenhaften Berichten von Arbeitgeberseite, welche ausländische Arbeiter heranzulocken sollen, auf den Grund geht, um sie auf ihren wahren Wert zurückzuführen, wird die Auswanderung wesentlich hemmen und dadurch zugleich die Position der einheimischen Arbeiter erheblich stärken.

Mit besonderer Schärfe zieht Vogelgang die geradezu empörenden Auswüchse des Arbeiterimports nach Deutschland in den Bereich seiner Erörterungen. Deutschland hat mehr wie alle anderen Länder unter dieser Plage zu leiden. Ohne es auch nur zu ahnen, werden die ausländischen Arbeiter zu Lohnbrüdern: sie hören von verhältnismäßig hohen Löhnen, wissen aber nicht, mit welchen Gefahren für die Gesundheit das betr. Gewerbe ausgestattet ist. Es kommt vor, daß z. B. im heimischen Bergbau die einheimischen Arbeiter ausgeperrt werden, um den billigeren und willigeren Ausländern Platz zu machen. Es ist ganz natürlich, daß sich der einheimischen Erbitterung bemächtigt, daß sie geradezu einen Haß gegen die ausländischen Lohnbrüder empfinden. Aber auch das ganze Volk hat unter der Ausländerplage zu leiden, da diese ausländischen Lohnbrüder in sittlicher Beziehung nicht gerade mit übertriebener „Saubereit“ ausgestattet sind. Indessen die Organisation allein ist nicht imstande, hier Besserung herbeizuführen, mit ihrer Aufklärung muß die Aufklärung durch die Presse Hand in Hand gehen, und daher sollen die Organisationssträger auf die Presse sich Einfluß verschaffen, handelt es sich doch um eine Frage, an der im letzten Grunde das ganze Volk erheblich interessiert ist. In der Diskussion wurde auch von Wieber-Duisburg auf die Verhältnisse der Eisen- und Metallindustrie hingewiesen und ebenfalls betont, daß hier Aufklärung und gegenständige Verständigung Platz greifen muß. Von anderer Seite wurde betont, daß gerade den konfessionellen Arbeitervereinen ein wichtiges Gebiet in der Aufklärung zufalle. Ferner könne durch internationale Zusammenschlüsse der einzelnen Berufs-

organisationen wesentlich Abhilfe geschaffen werden.

Die Aussprache von Land zu Land war im übrigen dadurch recht interessant, daß die einzelnen Vertreter ihre Heimatverhältnisse darstellten, um speziell Deutschland gegenüber darzutun, mit welchen Mitteln, oft der gewissenlosesten Art, die Arbeiter zur Ueberschreitung der Grenze veranlaßt werden. Schließlich wurde noch auf den Wert der Konferenzen der Vertreter der einzelnen an den Grenzen bestehenden Organisationen zu regelmäßigem Austausch der Erfahrungen hingewiesen.

Im Anschluß an diese Debatte wird der von Giesberts vorgeschlagene Aufruf, der in einer von Vertretern der verschiedensten Länder zusammengesetzten Kommission entworfen worden ist, verlesen und gut geheßen. Derselbe soll am 16. August in allen Ländern veröffentlicht werden.

Wir werden denselben in der nächsten Nummer unseres Organs zum Abdruck bringen.

Damit ging die Konferenz zu Ende. Allseitig herrschte die freudigste Zuversicht für die Zukunft, da die Ergebnisse der Konferenz zu den besten Hoffnungen berechtigten. Mancher, der mit skeptischen Gesinnungen nach Zürich gefahren in dem Gedanken, ob erstrebliche Arbeit zustande kommen werde, hat durch die gepflogenen Debatten die Ueberzeugung gewonnen, daß dieselben reiche Früchte tragen werden. Bei seinem Schlußwort konnte Schiffer-Düsseldorf mit Recht die Konferenz als glückliche Arbeit bezeichnen. Mit Dank an die Züricher Kollegen für ihre aufopfernde Arbeit, sowie der Versicherung eines holländischen evangelischen Pfarrers, im Sinne der Konferenz zu wirken, fand dieselbe mit einem Hoch auf die internationale christliche Gewerkschaftsbewegung ihr Ende.

Das Ergebnis der ersten internationalen christlichen Gewerkschaftskonferenz ist zweifellos ein gutes zu nennen. Nicht nur, daß durch den gegenseitigen Gedankenaustausch und Schaffung eines internationalen Sekretariats die christliche Gewerkschaftsarbeit in den nichtdeutschen Ländern wesentlich gefördert werden wird, sondern auch die Verbändigung der Berufsorganisationen der einzelnen Länder hat durch die internationale Verbindung eine wesentliche Förderung erfahren.

Auch unser christlicher Metallarbeiterverband nimmt daran teil. In Zürich hat bereits der Verbandsvorstand Wieber mit dem Leiter des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes Unterhandlungen angeknüpft, die zu festen Abmachungen zwischen den Verbänden beider Länder führen werden. Hoffentlich gelingt es auch in den andern Ländern, wo bereits gute Ansätze christlicher Metallarbeiterorganisationen vorhanden sind, in bald ebnfalls diese Abmachungen zu treffen. Voraussetzung ist allerdings, daß dort eine stärkere Förderung der Metallarbeiterbewegung Platz greift.

**Konferenz des Agitationsbezirks Köln.**

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Metallbranche im Bezirke Köln feierten die dortigen Kollegen am 26. Juli das zehnjährige Stiftungsfest; ein Fest, welches in allen seinen Teilen von echt gewerkschaftlichem Geiste durchweht war. Getreu dem Grundsatz, erst die Arbeit und dann das Vergnügen, war die Zeit von Vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr für eine Bezirkskonferenz bestimmt, an welche sich von 7 Uhr ab eine Familienfeier anschließen sollte.

Vormittags um 11 Uhr eröffnete Kollege Schmitz die von allen zugehörigen Ortsgruppen besetzte Delegiertent Konferenz und begrüßte die sehr zahlreich erschienenen, besonders die Mitglieder des Zentralverbandes, die Kollegen Wieber, Bergmann und Herzog. Er bemerkte, wenn wir auch heute gegen unsere sonstige Gewohnheit uns zu einem Feste zusammenfinden, so wollen wir dabei doch unser Ziel, ernste Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft, nicht aus dem Auge verlieren, und diesem Zwecke diene die Konferenz.

Dem das letzte Halbjahr umfassenden Geschäftsberichte des Kollegen Schmitz sei folgendes entnommen:

In der Berichtszeit hatten wir viel unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise zu leiden. Bei vielen Unternehmern machte sich das Bestreben bemerkbar, die Löhne zu kürzen. So hatten wir in der kurzen Zeit im Bezirke 26 Bewegungen zu führen, um die Kürzung des Lohnes, oder andere Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis zu verhindern. Ganz besonders die Großindustrie zeichnet sich in der Weise aus, welche 10, 15, ja sogar 20 Prozent Dividende verteilten, scheuten sich nicht, Lohnkürzungen von oft 10 bis 20 Prozent vorzunehmen. Wenn es in zahlreichen Fällen beim Versuch geblieben ist, so ist dies einig und allein an solchen Orten gewesen, wo die Arbeiter es verstanden hatten, in der Organisation sich Schutz und Hilfe zu sichern. Ganz genau läßt sich nachweisen, daß in solchen Fällen, wo keine Organisation vorhanden oder doch nur ein kleiner Bruchteil der Arbeiter organisiert sind, die Verschlechterungen nicht aufgehalten werden konnten. In zwei Fällen wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Das Resultat war eine Verständigung mit ganz annehmbaren Erfolgen für die Arbeiter.

Die Tätigkeit der beiden Beamten kann eine sehr umfangreiche genannt werden. Waren sie doch innerhalb sechs Monaten in 336 Versammlungen und Sitzungen tätig. Auch der schriftliche Verkehr mit den Ortsgruppen war sehr lebhaft und nahm einen beträchtlichen Teil der Zeit in Anspruch. Als äußeres Zeichen dieser Tätigkeit zeigte sich eine Zunahme der Mitglieder um 149 (in der Berichtszeit) gegen 417 im Jahre 1907. Ist die Biffer auch nicht hoch, so kann man doch mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftskonjunktur, in der andere Verbände vielfach einen Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen haben, zufrieden sein. Die Zahl der Mitglieder ist nunmehr auf 2284 gestiegen.

Mehr noch, als an äußerer Ausdehnung, gewann der Bezirk an innerer Festigung und dem Ausbau der Organisation. Dies tritt ganz besonders zutage in der erhöhten Opferwilligkeit. Während im Jahre 1907 noch die Mehrzahl der Ortsgruppen den 50-Pfg.-Wochenbeitrag zahlten, begnügen sich jetzt nur noch 636 Mitglieder mit dem obligatorischen Verbandsbeiträge, während 833 sich bereits zum 60-Pfg.-Beitrag, 815 Mitglieder aber schon zu einem Wochenbeitrag von 70 Pfennig aufgeschwungen haben. Die Folge dieser erfreulichen Mehrleistung der Kollegen äußert sich in den Gesamteinnahmen. Dieselben stiegen von 2255,80 Mark im 4. Quartal 1907 auf 14843,77 Mark im 1. Quartal 1908, was eine Steigerung um 1687,97 Mark ausmacht.

Den erhöhten Einnahmen gegenüber steht auch eine ganz erhebliche Mehrleistung des Verbandes. Für Unterstützung arbeitsloser und kranker Mitglieder wurden allein im 1. Quartal 1908 3846,27 Mark ausgegeben, um 2137,15 Mark mehr als im 4. Quartal 1907. Die Lokalkassen weisen ebenfalls einen erheblich höheren Bestand auf, als vor einem Jahre.

Ein weiterer Fortschritt ist dadurch zu verzeichnen, daß es durch die Zentralisierung einer Anzahl Ortsgruppen in und um Köln zu einer gemeinsamen Verwaltungsstelle möglich wurde, einen weiteren (20.) Beamten anzustellen, der in der Person des Kollegen Käfer der Konferenz betrautete.

Nachdem Kollege Schmitz noch einige interne Fragen behandelt, schloß derselbe mit der Aufforderung, die gegenwärtige flaute Zeit ganz besonders zur Agitation zu benutzen, unter lebhaftem Beifall seinen Bericht.

Nach einer kurzen Diskussion über den Geschäftsbericht hielt Kollege Bergmann-Duisburg einen Vortrag über „Die Aufgaben der Ortsvorstände“. Einleitend betonte er, daß es von großer Wichtigkeit sei, bei der Auswahl der Leute die richtige Person an den rechten Platz zu setzen. Besonders sei es notwendig, ruhige, besonnene Leute auszuwählen, die schon über eine gewisse Erfahrung verfügen. Wir hätten solche Kollegen notwendig, die aus Ueberzeugung, durchdrungen von der Notwendigkeit gewerkschaftl. Arbeit den Posten annehmen, nicht etwa aus persönlichem Ehrgeiz.

Notwendig ist ferner, Männer mit festem Charakter zu wählen, welche in der Lage sind, die Leute zu führen, nicht aber solche, welche sich führen und leiten lassen. Nur wenn die ausgewählten Kollegen mit den angegebenen Eigenschaften noch Opfermut und Ausdauer vereinen, ist Aussicht auf eine wirklich nutzbringende Tätigkeit vorhanden.

Die Aufgaben der Ortsvorstände lassen sich in verschiedene Richtungen teilen, nämlich in solche, welche darauf zielen, dem Verbands neue Mitglieder zu gewinnen und solche, die geeignet sind, die gewonnenen Mitglieder dem Verbands zu erhalten u. die Ortsgruppe durch heimlich genaue Verwaltung zum lebenskräftigen Gliede des Verbandes zu machen.

Vorbereitung für eine erfolgreiche Agitation und pünktliche Verwaltung ist ein gut funktionierender Vertrauensmännerapparat. Diese Kollegen müssen dahin instruiert werden, über die Vorkommnisse in den Werkstätten, eventuell Mißstände, Lohn- und Arbeitsbedingungen, etwa frei werdende Plätze usw. genauesten Bericht zu erstatten. Neu eingestellte Kollegen müssen sie baldmöglichst für den Verband zu gewinnen suchen. Mit einem gut ausgebauten Vertrauensmännerapparat wird es möglich sein, alle Betriebe kennen zu lernen, in denen mit Erfolg eingesetzt werden kann. Bei einer ausbrechenden Bewegung ist der Vorstand sofort in der Lage, ein genaues Bild über die Lage am Ort an die Zentrale übermitteln zu können. Auf diese Art wird es möglich sein, manche unserer arbeitslosen Kollegen unterzubringen.

Ein anderer Punkt, der vielfach nicht die richtige Beachtung findet, sind die Versammlungen. Dieselben müssen gut vorbereitet sein in Bezug auf Einladung, ebenso aber auch auf die Tagesordnung.

Die Tätigkeit der Ortsvorstände in Bezug auf Verwaltung muß sich vor allem dahin richten, darüber zu machen, daß die Beiträge der Mitglieder regelmäßig und pünktlich erhoben, alle Einnahmen und Ausgaben genau verbucht und die Abrechnungen mit der Zentrale rechtzeitig und gewissenhaft betätigt werden. Bei allen Unterstützungsansprüchen muß einzig und allein das Statut oder die Anweisung der Zentrale maßgebend sein; nie aber dürfen eigene Bestimmungen geschaffen werden. Jeder Vorteil, der dem Einzelnen ungerechtfertigter Weise zugewendet wird, wird der Gesamtheit der Kollegen entzogen.

Den Mitarbeitern behufs Festsetzung der arbeitslosen Mitglieder wird vielfach noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Dieselben müssen, genau ausgefüllt, am festgesetzten Tage abgeschickt werden. Da es sich hier um eine wissenschaftliche Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes handelt, welche in letzter Linie doch wieder den Arbeitern zu gute kommt, müssen wir es als Ehrenpflicht betrachten, nach besten Kräften mitzuwirken. Mit der Aufforderung, die Delegierten möchten in dem angegebenen Sinne in ihren Ortsverbänden wirken, schloß Kollege Bergmann unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen.

Nun wurde zunächst in die Mittagspause eingetreten. Die Nachmittagsitzung begann mit einer kurzen Diskussion über das Referat Bergmanns, in die auch der Verbandsvorsitzende Weber nachdrücklich eingriff; ebenso der Hauptkassierer, Kollege Herzog-Duisburg.

Hierauf hielt Kollege Käfer ein Referat über: „Gründung und Ausbau des Verbandes.“ Derselbe entwarf in kurzen Zügen ein Bild über die Verhältnisse, welche zur Gründung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes geführt haben. Das Bestreben, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, habe die Mitglieder veranlaßt, mit recht beträchtlichen Beiträgen zu beizutragen. Die wirtschaftliche Untervielheit hat dazu gedrängt, die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu erhöhen, das Unterstützungsweesen mehr auszubauen. Die notwendige Folge dieses Beginnens war eine mehrmalige Beitragserhöhung. Hier zeigte sich auch, daß nicht mit niedrigen Beiträgen die meisten Leute gewonnen werden, sondern bei hohen Leistungen des Verbandes, dies trotz der hohen Beiträge. Diese Opferwilligkeit der Kollegen hat dahin geführt, daß wir zur Zeit über einen Kassensbestand verfügen, der kaum von einem Verbands erreicht wird. Allein die Abrechnung des letzten Jahres, noch mehr aber der Kassenschluß des 1. Quartals 1908 habe gezeigt, daß wir unbedingt Mittel und Wege finden müssen, um unsern Kampffond zu stärken, da durch die Erwerbslosenunterstützung ungeheure Mittel verschlungen werden.

Gerade in heutiger Zeit, in der das Unternehmertum mehr als je in kapitalkräftigen Organisationen ist, ist die Klasse des Verbandes mehr als sonst ausschlaggebend, ob sich die Unternehmer zu Unterhandlungen bereit zeigen oder nicht. Heute wird das Ansehen eines Verbandes bei den Unternehmern nur nach dem Kassensbestande bestimmt. Aus diesem Grunde ersucht Kollege Käfer die Delegierten, in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß sich die Mitglieder mit einer von der Generalversammlung zu beschließenden Beitragserhöhung einverstanden erklären. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution, welche vom Referenten empfohlen und bei der Abstimmung fast einstimmig angenommen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Die am 26. Juli 1908 in Köln-Deutz tagende Delegiertenkonferenz des Agitationsbezirks Köln nimmt mit Genehmigung Kenntnis von dem im Verbands sich geltend machenden Bestrebungen, die finanzielle Lage des Verbandes den gesteigerten Anforderungen und Leistungen desselben anzupassen.

Zur Durchführung der großen Aufgaben unserer Bewegung erklärt die Konferenz eine höhere Beitragsleistung für unerlässlich.

Die Konferenz erwartet von der demnächst stattfindenden Verbands-Generalversammlung als wesentlichsten Beschluß eine generelle Beitragserhöhung von 10 Pfg. pro Woche mit der Maßgabe, daß 60 Pfg. Beitrag an die Zentrale abgeführt werden. Die Lokalbeiträge sollen zur Hälfte an die Bezirksklassen gehen. Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, in diesem Sinne in ihren Zahlstellen mit aller Energie in der Aufklärungsarbeit tätig zu sein.

Die sich dem Referate anschließende Diskussion war ziemlich lebhaft. Als erfreuliches Zeichen mag gelten, daß sich kein Kollege eigentlich gegen eine Beitragserhöhung aussprach, wenn auch einige Diskussionsredner eine gewisse Mangelhaftigkeit durchblicken ließen in bezug auf praktische Durchführbarkeit bei der gegenwärtigen Geschäftskonjunktur.

Kollege Weber verstand es in meisterhafter Weise, die Bedenken der Kollegen zu zerstreuen und dieselben in begeisterten Worten zu neuer Tatkraft und Schaffensfreude zum Wohle des Verbandes anzufeuern. Nach einem kurzen Rückblick des Kollegen Schmitz über den Verlauf der Konferenz gab derselbe zum Schluß dem Wunsch Ausdruck, daß die Anregungen, die heute gegeben wurden, auf gutem Boden gefallen sein möchten, und daß sie reiche Früchte tragen mögen zu unserem gemeinsamen Wohle, zum Besten des Verbandes!

Die kurz vor Schluß der Konferenz erfolgte Wahl des Bezirksvorstandes ergab nur insofern eine Wendung, als an Stelle des Kollegen Gippert (Wingst) Siegel (Kalk) gewählt wurde.

Nach 7 Uhr abends versammelten sich die Delegierten die Mitglieder nebst Familien und zahlreiche Ehrengäste zu einer kleinen Familienfeier. Verschiedene Herren, welche in früherer Zeit sich um die Gründung der Organisation verdient gemacht hatten, sowie der Klerus beider Konfessionen waren eingeladen und auch erschienen, oder hatten sich in herzlich gehaltenen Schreiben entschuldigt. Ein abwechslungsreiches Programm, bestehend aus Festrede des Kollegen Weber, mehreren Gesangsvorträgen des Deutzer Männer-Gesangsvereins, Musikstücken, Theater, ausgeführt von einigen Kollegen unseres Verbandes usw. ließ die Stunden im Kluge entschwinden.

Die Kollegen des Kölner Bezirkes aber haben das Band, welches sie in der Organisation umschlingt, auch einmal nach außen hin gezeigt und bewiesen, daß sie selbst bei einer Festfeier der ernsten Arbeit nicht vergessen.

### Gewerkschaftliches.

#### Gewerbliche Friedensarbeit.

Staatsminister Dr. von Berlepsch legt in der „Sozialen Praxis“ seine Eindrücke nieder, die er als unparteilicher Leiter einer Schlichtungskommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewonnen hat. Im Frühjahr drohte im Holzgewerbe ein schwerer Konflikt; unter dem Vorsitz von Berlepsch, den beide Seiten anriefen, gelang es, einen neuen Tarif zu schaffen. Erh von Berlepsch schreibt über die Beratungen:

Ueberhaupt zeigte die Art, in der die Verhandlungen geführt wurden, wenn sich auch der Ton in der Hitze des Gefechts mitunter steigerte, wenn auch hin und wieder einige Vorwürfe erhoben wurden, die hätten unterbleiben können, ohne die Sachlichkeit und Vollständigkeit der Verhandlungen zu beeinträchtigen, ganz unzweifelhaft davon, in wie hohem Grade schon die Gewohnheit der Unternehmer und der Arbeiter, sich an einem Tische zusammenzufinden und bestehende Differenzen zu besprechen, im Holzgewerbe zur Chance für den Erfolg von Verhandlungen zum Abschluß von Tarifverträgen geworden ist. Bei beiden Parteien steht die Ueberzeugung fest, daß alles geschehen muß, was möglich ist, um bestehende Differenzen in Frieden auszugleichen, um Streiks und Aussperrungen zu vermeiden.

Und indem er, der frühere Minister, konstatiert, daß die bisherigen Erfolge in der Tarifpolitik des Holzgewerbes der gebulbigen, unermüdlichen, aufreibenden Tätigkeit der Zentralverbände der Gewerkschaften zu danken sind, faßt er sein Urteil über die geleistete Arbeit in folgenden Worten zusammen:

Ich bin von Leipzig mit der größten Hochachtung vor den Männern gefahren, die sich jahrelang, in der Tat unermüdet hingeben, und es ist mir nicht zweifelhaft, daß sie an sich um das vielfachere geeigneter sind, Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen im Holzgewerbe, die den tatsächlichen Verhältnissen und der Billigkeit entsprechen und für beide Teile vorteilhafter sind, herbeizuführen als irgend ein Schiedsrichter, weil sie eben die erfahrensten Sachverständigen sind. Der Schiedspruch ist stets nur ein mangelhaftes, wenn auch nicht immer zu vermeidendes Ausfallsmittel. Er wird in dem Maße überflüssig werden, als die Einsicht bei den Beteiligten wächst, daß die Wahrung des eigenen Interesses eine notwendige Grenze in der Achtung vor dem Interesse des Gegners, der in Wahrheit kein Gegner, sondern ein Berufsgenosse ist, finden muß, daß das eigene geschäftliche Interesse auf den Abschluß von Tarifverträgen hindrängt, in dem Maße endlich, in dem die gemähten Führer der Organisation von dem weitgehendsten Vertrauen ihrer Wähler getragen werden.

Auch die Metallarbeiter werden einmal zur schiedsrichterlichen Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis kommen. Das Ziel wird um so eher erreicht, als die Arbeiter der Metallindustrie ihre Organisation stärken und ausbauen. Daß wir heute gegenüber den andern Gewerben noch so weit zurück sind, haben wir in erster Linie den Unorganisierten zu verdanken. Ihre Zahl muß deshalb stets kleiner, die Zahl der Gewerkschaftler aber größer werden, um auch in unserm Gewerbe soziale Friedensarbeit zu leisten.

#### „Berliner Moral“ vor Gericht.

Herr Holz, seines Zeichens Arbeitersekretär (Berliner Richtung), gehört auch zu denjenigen, welche Tag für Tag Moral und Sitte predigen, aber in der Praxis nach dem Grundsatz handeln: „Folget meinen Worten, aber nicht meinen Werken“. Denn dem Nächsten gegenüber verhalten sich die Berliner Moralprediger mitunter sehr unchristlich. Den besten Beweis hierfür hat die Betriebsversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes am 22. Mai in Malsbachtal-Burdaß geliefert, in welcher Herr Arbeitersekretär Kloos den Gewerkschaftssekretär Peter Bäcker in einer höchst unchristlichen Art und Weise beschimpfte und sich des Hausfriedensbruches schuldig machte. Gegen Herrn Kloos hat bereits die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet.

Nach der genannten Versammlung hatte der Arbeitersekretär Holz den früheren Arbeitersekretär (Berliner Richtung) Johann Nalbach, jetzt christlicher Gewerkschaftler, schwer beleidigt, indem Holz zu Nalbach sagte: „Bleib Du doch ruhig, Du hast Dir die Taschen voll Verbands-gelder gestopft, bist dann im Bezirk herumgeritten, ohne später eine Abrechnung einzuschicken. Dir Nalbach geht es nur um's Geld, Du bist ein Judas; Judas hat den Beutel weggeworfen, Du hast ihn aber in die Tasche gesteckt.“ Am 30. Juli fand diese Beleidigung vor dem Schöffengericht in Saarbrücken ihre Sühne. Holz bestritt alles. Das Gericht nahm aber keine Rücksicht auf die Auslagen des Herrn Holz und verurteilte ihn zu 20 Mark, eventuell vier Tagen Haft. So bekam wiederum ein Berliner „Arbeiterführer“ seine Moral und „christliche Nächstenliebe“ vor Gericht ins richtige Licht gestellt.

# Aus dem Unternehmerrlager.

## Ein Arbeitgeberverband für das süddeutsche Schlossergewerbe

Wird nach einem Beschlusse des Schlossermeister-Verbandstages, der kürzlich in Stuttgart tagte, für die Staaten Bayern, Württemberg und Baden gegründet werden.

Diese Neugründung verfolgt den ausgesprochenen Zweck, die Schlossermeister in ihrer wirtschaftlichen Position zu stärken. Immer größer wird der Ring der Arbeitgeber-Verbände, und das Feld ihrer wirtschaftlichen Interessen suchen sie immer besser zu behaupten, auf daß es keine Zeitliche Weile. Dieser Bedeutung hat die Ernte der Arbeitgeberverbände nur zu oft eine Miskerte der Arbeiter. Die Zeichen der Zeit lehren das deutlich. Und es wird dort um so mehr der Fall sein, wo die Arbeiter aus überlicher Verblendung oder aus Interessenslosigkeit es noch nicht verstanden haben, sich zusammenzuschließen zu gemeinsamer Arbeit.

Den Schlossergezellen Süddeutschlands sei die Gründung des Arbeitgeberverbandes ein neuer Ansporn zu reger gewerkschaftlicher Tätigkeit. Unermüdet müssen sie tätig sein, auch ihren Schutzverband, die Gewerkschaft, weiter auszubauen und danach streben, den letzten Mann zu organisieren, um gegebenenfalls geschlossen und stark dazustehen.

## Streits und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche der Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Dortmund-Lüdinghausen.** Bei der Firma Schulte, Baubeschlagsfabrik stehen sämtliche Kollegen des Verbandes in Streit.

**Düren.** Die Former der Firma J. W. Erkens, Krauthausen, sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

**Stettin.** Die Schiffswerft „Vulkan“ hat sämtliche Arbeiter ausgeperrt.

**Kindar Bez. Köln.** Die Arbeiter der Textilfabrik W. v. K. Klein stehen in Kündigung infolge von Akkordreduzierungen von 10—15%.

### Zuzug ist fernzuhalten.

**Mhlen i. W.** Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Mhlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Mhlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

**Bremen.** Am 15. April d. J. lief der Tarif im hiesigen Schmiedegewerbe ab. Da die Gesellen beabsichtigten, mehrfache Verbesserungen zu erzielen, hatten sie rechtzeitig gekündigt. In Anbetracht der klauen Geschäftslage waren die Aussichten nicht gerade rosig; doch ist es gelungen, durch geschlossenes Vorgehen und umsichtige, tatkräftige Leitung ohne Streit ganz beachtenswerte Erfolge zu erzielen.

Seitdem konnte die neunstündige Arbeitszeit vorläufig nicht erreicht werden; es verblieb bei den bisherigen 9 1/2 Stunden.

Erreicht wurden: Eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Der Mindestlohn wurde von 35 auf 40 Pfennig erhöht, was einer wöchentlichen Mehreinnahme von 2,85 Mark für jeden Gesellen entspricht.

Ein besonderer Fortschritt liegt in der Abmahnung, daß Feuerschmiede nicht unter 50 Pfennig entlohnt werden dürfen. Früher, als der Lohn noch frei vereinbart werden konnte, führte dies vielfach zu einer Ausbeutung, ganz besonders der zugereisten Kollegen. Außer dem Angeführten wurden noch mehrere weitere Verbesserungen erzielt. Nachstehender Arbeitsvertrag wurde abgeschlossen:

Zwischen der Schmiede-Zunft zu Bremen einerseits und dem Gesellenausschuß und dem Vorstand des Schmiedeverbandes und dem Vorstand des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes andererseits, wurde heute nachstehendes vereinbart und abgeschlossen:

1. **Arbeitszeit.** Die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden festgesetzt und zwar: von morgens 8 1/2 Uhr bis abends 6 Uhr, einschließlich einer 1/2stündigen Frühstück- und einer 1/2stündigen Mittagspause.

2. **Löhne.** a) Zu den derzeit bestehenden Löhnen wird ein Lohnzuschlag von 5% gewährt. b) Der Mindestlohn für jüngere Gesellen beträgt mindestens 40 Pfg. pro Stunde. Feuerschmiede werden nach Leistung bezahlt, jedoch nicht unter 50 Pfg. die Stunde. c) Die Lohnzahlung erfolgt pro Woche nach Schluß der Arbeitszeit. d) Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Ein hieselben nicht zu vermeiden, so wird ein Lohnzuschlag von ein Drittel der bestehenden Löhne gewährt. Jede Zeit, welche gearbeitet wird, muß bezahlt werden.

3. **Der Arbeitsnachweis** befindet sich am Wall 83 und wird in der nächsten Woche weitergegeben. Sollten Änderungen eintreten, so haben beide Parteien sich hierüber zu einigen.

4. **Allgemeine Bedingungen:** a) Gegenüber dem Arbeitgeber findet nicht statt. Beide Teile können das

Arbeitsverhältnis am Schluß eines jeden Tages offen. Jedoch ist der Geselle verpflichtet, dem Meister vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses dieses mitzuteilen. b) In jeder Werkstatt muß ein Meisterschrank und eine richtig gehende Uhr vorhanden sein. Außerdem muß ein Verbandskasten, dem Unfallgesetz entsprechend, mit dem nötigen Verbandsgeld versehen, an einem stets zugänglichen Orte vorhanden sein. Für Instandhalten des Verbandskastens sorgt der Meister. c) Jeder Geselle ist verpflichtet, die Arbeitsstätte, sowie das Werkzeug, welches ihm anvertraut ist, in bester Ordnung zu halten und nach jedem Gebrauch zu reinigen und an den richtigen Platz zu bringen. Auch hat jeder Geselle seinen Platz täglich kurz vor Feierabend rein zu machen. Jeder Geselle hat für das ihm gelieferte Werkzeug und Material selbst aufzukommen und wird ihm das etwa fehlende Werkzeug sowie das Material, welches er infolge der angenommenen Arbeit, welcher er nicht vorstehen kann, vorläufig verdirbt oder verpfuscht, von seinem Lohn in Abzug gebracht.

5. Um ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen und zur Beilegung von Streitigkeiten, welche durch diesen Vertrag entstehen sollten, wird eine Kommission von 10 Personen eingesetzt, und zwar werden diese Personen je zur Hälfte von den oben genannten Vereinigungen gewählt. Den Vorsitz der Kommission führt der Vorsitzende der Schmiedezunftkommission zu Bremen. Ist in der Kommission eine Einigung über einen Punkt nicht zu erzielen, so soll der Vorsitzende des Gewergerichts, als Unparteilicher, den Vorsitz führen. Auf Verlangen der Kommission können je ein Vertreter des Innungsvorstandes und des Zentralvorstandes des Schmiedeverbandes an den Sitzungen teilnehmen. Diese Kommission ist gleichzeitig zur Untersuchung aller zur Anzeige kommenden Ungehörigkeiten, welche eventuell von Schmiedemeistern begangen werden sollten, verpflichtet; z. B.: es darf auf keinen Fall in einer Werkstatt nach Feierabend für einen nicht ständigen Kunden gearbeitet werden und jede Ueberstunde soll laut § 2 richtig bezahlt werden.

6. Alle Beschwerden über Streitigkeiten, die aus diesem Vertrage im Gewerbe entstehen, sind an die Vorsitzenden der Verbände zu richten, welche dieselben zu prüfen und wenn möglich direkt zu erledigen haben. Gelingt dieses nicht, so soll die Kommission zusammentreten und haben in diesem Falle die beiden Obmänner den Zeitpunkt des Zusammentritts zu vereinbaren. In den Sitzungen sind die streitenden Parteien zu hören. Alle Streitigkeiten im Gewerbe, welche zur ArbeitsEinstellung oder Aussperrung in einem Betriebe oder der ganzen Stadt führen könnten, sollen zunächst der Kommission unterbreitet werden. Wird von den Kommissionsmitgliedern ein Beschluß einstimmig gefaßt, so haben beide Verbände alles aufzubieten, um denselben zur Durchführung zu bringen.

7. Verträge, welche vorstehendem zuwiderlaufen, sind ungültig.

8. Die vertragschließenden Organisationen erkennen sich gegenseitig ausdrücklich an. Schwierigkeiten sollen denselben von keiner Seite gemacht werden.

9. Dieser Vertrag tritt am 27. Juli 1908 in Kraft, endet mit dem 15. Juli 1910 und kann vor dem 15. April 1910 nicht gekündigt werden. Derselbe ist von diesem Datum ab nur am 15. April jeden Jahres kündbar und zwar mit vierteljährlicher Kündigungsfrist. Erfolgt von keiner Seite Kündigung, so läuft der Vertrag ohne weiteres ein weiteres Jahr.

10. Diese Vereinbarungen gelten für alle Schmiedebetriebe in Bremen, in welchen Schmiedegesellen beschäftigt werden, also auch für die sogenannten Privatbetriebe, welche bis jetzt nicht eingegriffen waren.

11. Dieser Vertrag ist in jeder Werkstatt sichtbar anzubringen.

Bremen, den 24. Juli 1908.

Für die Bremer Schmiede-Zunft:

J. Heint. Schleuse.

Für den Gesellen-Ausschuß:

H. J. I. e m a n n.

Für den Vorstand des Schmiede-Verbandes:

J. A. W. Scheller.

Für den Vorstand des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes:

H. Schulte.

Kollegen! Trotz der schlechten Geschäftsconjunktur war es uns möglich, etwas zu erreichen! Es liegt nun an Euch, das Erreichte hochzuhalten. Im Interesse des ganzen Gewerbes liegt es, keine Schmiedekonturrenz aufkommen zu lassen. Deshalb klärt die Unorganisierten, welche vielleicht nach dieser Richtung hin mißbraucht werden könnten, auf, und führt sie dem Verbands zu. Dann werden wir bei Ablauf des Tarifvertrages in der Lage sein, nebst anderen Verbesserungen die neunstündige Arbeitszeit zu erreichen. Wenn irgendwo, so ist hieselbe in unserem schweren und aufreibenden Berufe am Platze.

Kollegen! Ueberall, in allen Bevölkerungsklassen, erschallt der Ruf nach Organisation. Sollen wir, die wirtschaftlichen Schwachen, desselben nicht achten, wir, die wir doch einer Einigung der Kräfte viel bedürftiger sind als die Unternehmer? Und wenn es vorkommen kann, daß in anderen Städten noch um Errungenschaften gekämpft werden muß, die wir bereits besitzen, so liegt das eben an den Gehülfen selbst, welche es nicht verstanden haben, sich rechtzeitig Geltung zu verschaffen. Darum, Kollegen, behaltet das Vorstehende und arbeitet rastlos weiter, für den Verband und durch den Verband zum eigenen Wohle!

## Die Ansprechung der Arbeiter des Stettiner „Vulkan“

zieht, soweit sich bei Niederschreibung dieser Zeilen übersehen läßt, weitere Kreise. Der Verband der Schiffamerktindustriellen hat beschlossen, am 8. bezw. 12. August 60 Prozent sämtlicher Werftarbeiter auszusperrn, falls die Arbeiter des „Vulkan“ sich am Freitag, den 7. August nicht

Verzett erklären, unter dem von der Werk gestellten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. 40—45 000 Arbeiter würden bei Ausführung dieses Beschlusses brotlos gemacht. Daß die Unternehmer die Drohung wahr machen, daran ist, wenn die Arbeiter nicht einlenken, gar nicht zu zweifeln. Die Arbeiter haben trotzdem beschlossen, die Arbeit nur dann aufzunehmen, wenn ihre, auf Lohnerhöhung und Garantie des Stundenlohnes gerichtete Forderungen angenommen wurden. Da daran nicht zu denken ist, haben alle interessierten Größen des Metallarbeiterverbandes, von der Stuttgarter Zentrale bis zu den im Aussperrungsgebiet belegenen Städten, versucht, die Arbeiter abzuwehren. Inbes erfolglos. Durch ein Flugblatt wurde bekannt gemacht, daß den Arbeitern keine Unterstützung mehr gemährt werde. Aber auch trotz dieses Verwehrens wird, wenn die Arbeiter nicht einlenken, der Aussperrungsbeschluß von den Unternehmern ausgeführt werden. Die Vorgänge bei den Textilarbeitern in Greifswald im Januar ds. Jahres sind Beweis. Mag nun die Sache kommen, wie sie will, so viel steht heute schon fest, die Vulkanreaktion wird als Steger aus dem Kampf hervorgehen, denn dafür spricht die gesamte Wirtschaftslage. Es ist geradezu unbegreiflich, wie eine Arbeiterkategorie, wie die Arbeiter, jeder vernünftigen Ermäßigung bar, eine solche Stellung einnehmen kann.

Aber es wäre grundfalsch, die unteilbaren Arbeiter als die allein Schuldigen kempeln zu wollen. Nicht diese, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten sind die Mitschuldigen. Man muß die Herren Hunger, Spatich und Kaufuß in den Versammlungen gehört haben, um das jetzige Verhalten der Arbeiter zu verstehen. Keine gewerkschaftliche Erziehung und Einführung in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, sondern wilde Hege und Abgereketen gegen alles, was nichtsozialdemokratisch ist. Anschluß an „freie“ Gewerkschaften, sozialdemokratische Parteien, und der Kapitalismus, die Vulkanwerk, ist befohle. Nicht wie Männer, die sich ihrer großen Verantwortung bewußt sind, sondern wie Tollhühner wurde gehandelt. Die Versammlungsteilnehmer sind zum Erbrennen krank gerabet worden. Heute nun, in der höchstn Situation, sollen die so vernarrten Arbeiter Vernunft zeigen. Und da sie das begrifflichermesse nicht tun, auch nicht tun können, richtet man sie durch Einziehung der Unterstützung. Eine Achtigung gleich einem Schulbuben und zwar regelrecht hätten die Herren „Führer“ verdient.

Ist es nicht ungeheuerlich, daß das Ansehen der ganzen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation in der Metallbranche in den Augen der Unternehmer so diskreditiert wird, wie dies jetzt bei der Vulkanbewegung in Stettin geschieht. Die Arbeiter sind vergeret und vernarrt und zur Disziplinlosigkeit erzogen worden, und die sich „Führer“ nennenden, stehen jetzt truppenlos, zum Gespött der Menschheit da. Kann unter solchen Umständen erwartet werden, daß Organisation und Führer in den Augen der Unternehmer ernst genommen werden? Erweist sich aus Vorstehendem schon der vollständige Bankrott der sozialdemokratischen Erziehung, so zeitigt die Stettiner Aussperrung den Metallarbeitern Deutschlands noch eine weitere höchst beachtenswerte Lehre. Die Stettiner Aussperrung zeigt deutlich, daß die öffentliche Meinung, dieser mächtige Faktor, von dem Schicksal der Vulkanarbeiter kaum Notiz nimmt. Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften, letztere kommen in Stettin fast ausschließlich in Frage, haben in der bürgerlichen Welt jeden Kredit verloren. Unter diesem Umstand ist es dann selbstverständlich, daß die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft selbst bei größter Kraftanstrengung jeden größeren Kampf verlieren muß.

Welchen Wert die Sympathie der öffentlichen Meinung für die Arbeiterschaft hat, haben die Kämpfe im Bergbau 1905 im Königreich Sibirien 1906, und das Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen gegen ihre Angestellten in den letzten Wochen bewiesen. Der Umstand, daß hier christlich-nationale Arbeiterorganisationen in Frage kamen, bewirkte, daß sich die öffentliche Meinung den Arbeitern und Gehilfen mit großem Erfolg zuwandte. Mag die Arbeiterschaft aus dem Vorstehenden die rechte Lehre ziehen.

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 16. August 1908 der vierunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 23. August fällig.

Die Ortsgruppen Essen und Bockhorf-Kirchen erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. pro Woche.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

## Adressenverzeichnis.

Wir sind gegenwärtig mit Zusammenstellung einer Neuauflage des Adressenverzeichnisses beschäftigt. Um alle Angabe richtigstellen zu können, bitten wir die Vorstände der Ortsgruppen, das letzte Adressenverzeichnis auf die Richtigkeit der für ihre Ortsgruppe geltenden Angaben zu prüfen und uns etwaige Unrichtigkeiten sofort mitzutellen. Das gilt auch besonders für die Ortsgruppen, die seit dem 1. April ds. Jahres ihren Vorsitzenden oder ihr Versammlungslokal gewechselt haben. Diese Ortsgruppen bitten wir, uns sofort genau mitzutellen: Vor- und Zuname, sowie Straße und Hausnummer des Vorsitzenden, Versammlungslokal nebst Straße, Zeit der Unterstüßungsausgabung, Vor- und Zuname sowie Straße und Hausnummer des Kollegen der die Unterstüßungen auszahlt.

aus dem Verbandsgebiet.

Stettin. Untern 31. Juli hatte die Ortsgruppe Stettin durch Flugblätter alle christlich-national gesinnten Arbeiter zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen...

Berlin. In einer Werkstatt-Versammlung der Firma Haller u. Co. (Lampenfabrik), welche am 4. August stattfand, erklärte der Funktionär Heppmann...

Waldau. Es ist schon ziemlich lange her, seitdem wir in unserm Organ etwas von uns haben hören lassen. Trotzdem geht es auch hier mit unserm Verband vorwärts...

Waldau. Es ist schon ziemlich lange her, seitdem wir in unserm Organ etwas von uns haben hören lassen. Trotzdem geht es auch hier mit unserm Verband vorwärts...

Soppede-Wontkirchen. Am Sonntag, den 26. Juli fand nachmittags in Soppede und abends 7 Uhr in Wontkirchen eine Versammlung statt...

Soppede-Wontkirchen. Am Sonntag, den 26. Juli fand nachmittags in Soppede und abends 7 Uhr in Wontkirchen eine Versammlung statt...

Das Gebotete richtig begriffen hat, wird vom christlichen Metallarbeiterverband nicht nur beitreten, sondern auch für allgemeine Ausbreitung desselben sorgen.

Erteilung. Bislang haben viele unserer Kollegen schon von der Internationalen Wohrgesellschaft gehört...

Dadurch könnte die Meinung aufstauen, daß auch die Arbeiter an diesem reichen Gewinne teilnehmen, zum mindesten, daß die Werkstätten der Gesellschaft Musterbetriebe seien.

Auch die Behandlung läßt hier manches zu wünschen übrig. Es ist schon vorgekommen, daß den Leuten Ohrfeigen angeboten wurden; ja, Herr Kontrolleur H. erlaubte sich unangenehm sogar, einem verheirateten Dreher mit dem Hammer zu drohen.

Willingen i. W. Am Samstag, den 2. August, hielt unsere Ortsgruppe Versammlung ab, doch war dieselbe wie gewöhnlich schwach besucht.

Kollegen, so kann und darf es bei uns nicht weitergehen, es muß wieder ein anderer Geist in unsere Ortsgruppe einziehen! Es wäre endlich einmal Zeit, daß die Kollegen die Schlafmütze von den Ohren ziehen und sich aufrufen, um Klarheit zu schaffen über die Mittel und Weg zur Besserung unserer Lage.

Kollegen, so kann und darf es bei uns nicht weitergehen, es muß wieder ein anderer Geist in unsere Ortsgruppe einziehen! Es wäre endlich einmal Zeit, daß die Kollegen die Schlafmütze von den Ohren ziehen und sich aufrufen, um Klarheit zu schaffen über die Mittel und Weg zur Besserung unserer Lage.

Gleichzeitig teilen wir den Mitgliedern mit, daß am Samstag, 15. August, auf dem Hirzwald eine Konferenz stattfindet mit nachfolgender Unterhaltung.

München. In der vorigen Nummer haben wir den Dankrott des „deutschnationalen“ „Verbandsredakteurs“ Mühlberg näher geschildert, den auch die Rundschau des Quertreibersfortschritts Herzogenrath u. Co. nicht über Wasser halten konnte...

Prüfung Welt und Vaterland. Da der „berühmte“ Herzogenrath in dem gratis gestellten sogenannten „Verbandsorgan“ nun eine Reihe weiterer Verleumdungen gegen uns ausgeübt...

Wir wollen uns hier nur darauf beschränken, gegenüber der Behauptung des p. H., unter seiner Leitung sei alles in schönster Ordnung und streng nach dem Recht hergegangen...

1. Es hat sich nach der Abfertigung des p. H. der Ortsgruppe bei der Kontrolle der Bücher herausgestellt, daß eine Anzahl Mitglieder an der Kassenkasse in Duisburg mit dem Beiträgen als rückständig gemeldet sind...

2. Das alte Hauptkassenbuch, welches alle Einnahmen und Ausgaben von 5 Jahren enthält, ist von der ersten bis zur letzten Seite mit einem roten Stift durchstrichen.

3. In dem am 1. Januar dieses Jahres neu angelegten Hauptkassenbuch ist nur der Uebertrag aus dem Jahre 1907 übertragen, aber bis zum 16. Mai, wo die Bücher abgeliefert wurden, keine Zahl und kein Buchstabe weiter mehr eingetragen.

4. Von einem Vertrauensmann, der mit seiner Abrechnung im Rückstande war und nachher krank wurde, dem aber die Unterstüßung angehalten wurde, fehlen nicht nur sämtliche Notizen, sondern auch die Belege.

5. Für die Geschäftsbücher des Vorstandes erhielt der Vorstand vierzehntägig eine Vergütung. Diese hat sich der Vorstand im vorigen Jahre fünfmal ausbezahlt.

6. Der frühere Vertrauensmann und Schriftführer, Thomas (jetzt deutschnational) verlor „unter Jengen“ 100 Mark und ist nicht wiedergefunden.

7. Auf den Mitgliedslisten (Kartenregistratur) sind die verzeichneten Beiträge ausbleibt, sobald es den Anschein hat, als ob die Quartalsabrechnungen dadurch reguliert würden; besonders kommen die Karten herabgezogen in Frage, welche ausgerechnet sind.

Dieses dürfte schon genügen, um den Kollegen zu zeigen, welche Elemente sich zusammengefunden haben, um den christl. Metallarbeiterverband zu verleumben und die deutsche Arbeiterbewegung zu „reformieren“.

München i. M. In letzter Zeit sind vielfach die Mißstände in der Gasmotorenfabrik Deub durch die Presse der Offenheit übergeben worden.

In letzter Zeit hält Meister Schuhmacher ein anderes System für angebracht. Er findet dem Arbeiter etwas an: „Jetzt gibts noch so viel für die Arbeit.“

In der Versammlung wurde betont, daß der betreffende Meister über praktische Kenntnisse wenig verfüge, und daß durch die Abzüge ein willkommenes Mittel seien, um seine Position nach oben hin zu stärken.

In Anbetracht der fortwährenden Abzüge protestieren die Anwesenden heftig gegen die Handlungsweise des Meisters Schuhmacher.

Waffenbüttel. Unsere Versammlung am 11. d. M. war gut besucht. Kollege Kohlmann hielt einen längeren Vortrag über die Entwicklung des Arbeitsvertrages.

Freier fand zum beschlossenen Termin im „Bayerischen Hof“ statt. Kollege Wenda eröffnete 9 Uhr abends die sehr gut besuchte Versammlung, zu der ausser uns einige „Genossen“ mit ihrem Besuche beehrten.

Kollege W u d n e r - G o s t a r behandelte die Frage: Was wollen die christlichen Gewerkschaften? Eingangspunkt seiner Rede verwahrte sich derselbe gegen die seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften hier in Umlauf gesetzten Gerüchte, die christlichen Gewerkschaften seien von Pastoren und Arbeitgebern gegründet. Sodann betonte der Redner, daß es durchaus notwendig sei, dem Arbeiter die Gleichberechtigung zu geben. Jeder rechtlich denkende Mensch kann es dem Arbeiter nicht verdenken, wenn er bei der Festsetzung der Arbeitszeit, Lohn usw., ein Wörtchen mitreden will. Auch wäre es recht und billig, den Arbeiter bei allen in Betracht kommenden sozialen Wahlen und zu kommunalen Angelegenheiten mit heranzuziehen. Leider liegt dies noch viel zu wünschen übrig, besonders hier in Mitteldeutschland. Trotzdem die „freien“ Gewerkschaften schon jahrzehntelang in hiesiger Gegend haften, seien die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr schlecht. Sie haben es wohl verstanden, einen großen Teil der Arbeitskollegen mit ihren nebelhaften Zukunftsideen die Köpfe zu vernebeln, aber gewerkschaftliche — also Gegenwartsarbeit zu leisten, scheinen dieselben nicht mit ihrer Zukunftsmusik bereinbaren zu können. Kollege Buchner brachte noch besonders die Verhältnisse in den Staatsbetrieben in Ober- und Unterhartz zur Sprache, in welchem unferes Kaisers Wort: „Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein“, nicht angeandt werden kann. Auch wäre es Pflicht und Schuldigkeit der bürgerlichen Kreise, mehr mit den christlich-national gesinnten Arbeitern Hand in Hand zu gehen, zum Wohle des Arbeiterstandes, zum Wohle des gesamten Vaterlandes.

Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine überzeugenden Ausführungen. In der darauf folgenden freien Aussprache erhielt zuerst ein „Genosse“ das Wort. In altbekannter Weise zog derselbe über unsere Gewerkschaften her und bezeichnete dieselben mehrmals als Streikbrecher. Den christlichen Führern warf er Feigheit vor. Die Versammlung brachte über die „Weisheit“ des „Genossen“ oft in stürmische Peiterkeit aus. Von den jetzt folgenden christlichen Rednern wurde ihm die notwendige Abfuhr zuteil; dabei stellte sich noch zu allem Unglück heraus, daß das Schild des Genossen in den vorhergenannten Punkten nicht ganz rein sei. Es wäre für ihn besser gewesen, die Zeit im Bette zuzubringen. Kollege Buchner zeigte uns in seinem Schlussworte so recht, daß die „freien“ Gewerkschaften für einen christlich und national denkenden Arbeiter nicht in Frage kommen könnten. Mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die Versammlung geschlossen. F. S.

### Soziale Rechtspredung.

**Kann die Warnung vor Zugzug gerichtlich unterzagt und bestraft werden?**

Diese Frage ist für unsere Gewerkschaftsarbeit von der größten Bedeutung. Für unsern Verband ist sie jetzt noch besonders aktuell, weil wir einen Prozeß in der Angelegenheit auszufechten haben. Bekanntlich hat die Direktion der Westfälischen Stanz- und Emailhermerke in Hiltien i. W. eine Gerichtsentscheidung am Duisburger Landgericht erwirkt, worin uns bei jedesmaliger Strafe von 50 Mark die Veröffentlichung des Sperrvermerks mit der Warnung vor Zugzug unterzagt wurde. Wir haben gegen diese vorläufige Entscheidung sofort Protest eingelegt und nach mehrmaligen Verhandlungen ist jetzt Termin auf den 28. September angesetzt.

Einen langwierigen Prozeß in der gleichen Angelegenheit hat der „freie“ Hafnarbeiterverband gegen die Hamburger Schiffreder zu führen gehabt, der jetzt aber, also an der höchsten Gerichtsinstanz zu Gunsten des Hafnarbeiterverbandes entschieden wurde. Die „Soz. Praxis“ Nr. 42 macht über den Verlauf und Ausgang des Prozesses folgende Mitteilungen:

Die Zugzugswarnungen des Hafnarbeiterverbandes im Kampfe gegen den Hafnenbetriebsverein in Hamburg beschäftigten Anfang Juli den Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamburg, bei dem beide Berufung gegen das Teilurteil des Landgerichts vom 18. Februar 1908 eingelegt hatten. Das Landgericht hatte einerseits die Klage des Hafnenbetriebsvereins gegen die Mitgliedschaft der Schauerleute des Hafnarbeiterverbandes zurückgewiesen, andererseits die übrigen vier Beklagten, nämlich Vorstand und Gesamtverband der Hafnarbeiter mit 4 Wochen Gefängnis oder 1500 Mark Geldstrafe bedroht für jeden Fall der Störung oder Belästigung von zuziehenden Hafnarbeitern. Die Berufung des Arbeitgeberverbandes gegen die Klageabweisung bezüglich der Schauerleute wurde vom Oberlandesgericht verworfen, weil die Mitgliedschaft der Schauerleute keine selbständige rechtliche Existenz innerhalb des Hafnarbeiterverbandes habe.

Daß bei einem nicht rechtsfähigen Verein einzelne juristische Personen und nicht rechtsfähige Vereine zugleich Mitglieder sind, ist nichts Seltenes und unterliegt keinem rechtlichen Bedenken. Es würde daher rechtlich nichts im Wege sein, die Mitgliedschaft, obwohl sie nur einen Teil des Verbandes bildet, als nicht rechtsfähigen Verein innerhalb des Verbandes aufzufassen. Das wäre aber nur zulässig, wenn dem Statut entnommen werden könnte, daß für die Mitgliedschaft ein Wirkungsbereich besteht, der sich neben demjenigen des größeren Verbandes als ein selbständiger, vom Verbanbe unabhängiger darstellt. Gerade an diesen Voraussetzungen fehlt es aber.

Gegen den anderen Teil der Landgerichtsentscheidung vom 18. Februar hatten die verurteilten Hafnarbeiter Berufung eingelegt, in dem sie behaupteten:

„Vor und beim Abschluß der beurkundeten Abmachungen ist sowohl von Seiten der Arbeitgeber wie der Vertreter der Arbeiter darauf hingewiesen worden, daß jene Abmachungen keine rechtliche, sondern nur eine moralische Verpflichtung beider Teile begründen, daß sie auch nur für die erste Zeit nach der Aufhebung der Sperrre, und spätestens bis 1. Oktober 1907 gelten sollten; daß ferner der Beklagte Doering bei den Verhandlungen, welche zu jenen Abmachungen geführt hätten, ausdrücklich erklärt habe, daß er und sein Verband auf die Presse, insbesondere das „Echo“ und den „Vorwärts“, keinen Einfluß ausüben und daher für etwaige Zeitungsartikel keine Verantwortung übernehmen könnten.“

Der um das Zustandekommen des Einigungsvertrages hochverdiente Rechtsanwält Dr. Geckler, W. v. N., erklärt als Zeuge:

„Seiner Erinnerung nach ist bei den Vereinbarungen nicht die Frage aufgeworfen worden, ob es sich um solche mit juristischer Verbindlichkeit handle, jedenfalls sei nicht ausdrücklich hervorzuheben worden, daß die Abmachungen einen juristischen Charakter tragen sollten, sondern er habe den Eindruck gewonnen, daß moralische Verpflichtungen eingegangen worden seien. Als von einem Vertreter der Arbeitgeber verlangt wurde, die Vertreter der Hafnarbeiter sollten für einen längeren Zeitpunkt sich verpflichten, in der Presse Warnungen vor Zugzug nach dem Hamburger Hafen zu unterlassen, habe selbst der Sekretär des Hamburger Altonaer Arbeitgeberverbandes, Freiherr v. Reitzing, sich dagegen gewandt mit dem Bemerkten, daß auch die Arbeitgeber sich auf solche Verpflichtungen von längerer Dauer nicht einlassen würden. Doering habe in der Sitzung keine Garantie dafür übernommen, daß Warnungen vor Zugzug in der sozialdemokratischen Presse unterbleiben.“

Der Hauptvertreter der Hafnarbeiter, Döring, bestätigte diese Auffassung. Er und seine Freunde hätten die Abmachungen mit dem Betriebsverein jedenfalls nur für die Dauer der Konfliktzeit, bis zum 1. Okt. 1907 getroffen; nach Durchführung des von den Rednern versprochenen Schichtwechsels seien die Abmachungen gegenstandslos geworden. Auf die Presse und ihre Zugzugswarnungen habe er keinen Einfluß. Die ganze Zusammenfassung des Einigungsausschusses habe die Rechtsverbindlichkeit der dort getroffenen Abmachungen unmöglich gemacht; so sei z. B. Generaldirektor Ballin gewiß nicht als Beauftragter einer Organisation erschienen. Die Vertreter der Redner beantragen dagegen die Ansicht, daß hier privatrechtliche Abmachungen mit Klageberechtigung vorlägen, und daß die Redner nur im Vertrauen auf ein dauerndes, friedlich geordnetes Verhältnis sich zur Einführung der teuren besseren Nachtschichten verstanden hätten.

Das Hanseatische Oberlandesgericht gab nach achtstägiger Bedenkzeit die Berufung der Hafnarbeiter statt, hob das Urteil des Landgerichts gegen diese sowie die einstweilige Verfügung auf und verurteilte den Hafnenbetriebsverein zur Tragung sämtlicher Prozeßkosten.

Das Wichtigste an diesem Urteil ist, abgesehen von dem neuen Beweis der völligen Unsicherheit unserer sozialen Rechtspredung, die Tatsache, daß sich die gegenwärtige primitive Art unseres gewerblichen Einigungsverfahrens in ihrer Unzulänglichkeit gezeigt hat: die Parteien treffen eine Verständigung, ohne genau zu wissen und festzulegen, was sie wollen und wozu sie sich verpflichten. Der Zustand, Einigungsverabredungen nur auf moralische Geltung aufzustellen u. die daraus folgenden rechtlichen Verbindlichkeiten abzulehnen ist geradezu bedenklich für eine gesunde, festgeordnete Weiterentwicklung unseres gewerblichen Einigungswezens. Die Bevollmächtigung und die Verfügungsfähigkeit der Unterhändler muß zwischen den Parteien klargestellt werden, damit die rechtliche Bedeutung und Wirksamkeit des Verhandeltens für die beiderseitigen Verbände fürderhin nicht mehr angezweifelt werden kann. Obendrein hat sich der Rang eines Schiedsgerichts zur Begleichung der Ausigungs- und Ausführungsstreitigkeiten aus dem Einigungsabkommen in diesem Falle empfindlich fühlbar gemacht. Die Entscheidung solcher Streitigkeiten gehört besser nicht vor ein formalverfahrendes, privatrechtlich urteilendes Zivilgericht, sondern vor ein nach sozialrechtlicher Erkenntnis frei entscheidendes Kollegium von Vertrauensmännern beider Parteien — unter einem Unparteiischen, so lange es die Zivilprozessordnung verlangt.

### Literarisches. Deutscher Fleiß

Wanderungen durch die Fabriken, Werkstätten und Handwerksbetriebe Deutschlands. Von Carl Pollack. Verlag von J. F. Bachem-Köln. Preis gebunden 3,80 Mk. „Es gibt auch eine Poesie der Arbeit“, sagt der Verfasser in seinem Vorwort, und wer daran bis heute noch nicht geglaubt hat, der nehme dieses Buch zur Hand und lese es. Der den meisten Menschen unbewusste kulturelle Wert der werktätigen Arbeit und die nationale Bedeutung deutschen Gewerbetleses zum jedem Leser der hier gesammelten Schilderungen zum Bewußtsein kommen. Wenn sich der Verfasser auch hohnschmählich an die Gebildeten wendet, um ihnen einen Einblick in die nimmer rastende gewerbliche Arbeit Tausender und Abertausender ihrer Mitmenschen zu verschaffen, so ist das Buch aber nicht minder lesenswert für jeden Arbeiter, der bei der Lektüre dieses Werkes erst erkennen wird, welche Werte er Tag für Tag mit schaffen hilft, und daß auch er einen wichtigen Bestandteil „deutscher Fleißes“ darstellt.

Der Verfasser schließt als unparteiischer Beobachter auf Grund persönlicher Studien an Ort und Stelle in der anschaulichsten Weise das Werden und die Eigenarten der

verschiedensten Industrie- und Gewerbegebiete. Von dem in dem Buch enthaltenen Abhandlungen nennen wir zusammenfassend: Ton-, Töpfer- und Steingutgewerbe in der Gegend von Bonn, Achat-, Edelstein- und Goldschmiedegewerbe im Rheinland, eine rheinische Hinggroßkeret, Kunstgewerbe und Kunsthandwerk, Möbelgroßgewerbe, Plättner-Hafen- und Stadenbilder, Draufschloß- und Briefstellergewerbe, die rheinischen Kulfane, Bafalt- und Schiefer-Steinbrüche, die Ruhrkohlenzechen und die rheinisch-westfälische Stahl- und Eisengroßindustrie. Dann folgen Silber aus dem Jader-, Schokolade-, Kölsch-, Wasser-, Papier-, Seide-, Baumwoll-, Gummi- oder Kautschuk- und dem Brauereigroßgewerbe. Ebenso Schilderungen über rheinische Waggonfabriken und Glasbläsereien. Für jeden Beruf ergibt das Buch des Interessanten und Belehrenden genug, gibt dem Metallarbeiter aber auch Gelegenheit, einmal einen Einblick in andere Berufsarten zu tun.

Bei diesem Inhalt und der gebiegenen Ausstattung — das Titelblatt wird von einem fehrigen Schmied geziert, der ruhend seinen Hammer auf dem Ambos stützt — ist der Preis des Buches ein mäßiger und es verdient die weiteste Verbreitung auch in Arbeiterkreisen. In jeder Privat-, zum mindesten aber in jeder Ortsgruppenbibliothek sollte es vorhanden sein. Bestellungen unserer Kollegen werden durch die Geschäftsstelle des Verbandes vermittelt.

### Berichtigung.

In der Skizze der vorigen Nummer „Von der Wasserkante zum Rhein“ hat sich in der zweiten Spalte Zeile 9 von oben, ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Es muß natürlich heißen: „Dazu kommt noch jeden Sonntag (nicht Tag) die vierundzwanzigstündige Schicht.“

### Sterbefafel.

Münster. Unter Mitwirkung Installateur Franz Hilemann ist am 4. August 1908 an Lungenwinducht, 28 Jahre alt, gestorben. Ehre seinem Andenken!

### Versammlungs-Kalender.

- Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbetonter Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.
- Alfeld. Mittwoch, den 19. August, abends 8 Uhr, Altbilder-Versammlung bei Gastwirt Ringe.
- Barop. Nächste Versammlung am Sonntag, den 16. August, nachmittags 1/2 Uhr.
- Bortmund. Sonntag, den 16. August, vormittags 11 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus Versammlung.
- Breun. Sonntag, den 30. August im Lokale Koch, Röhndorf 1/2 11 Uhr Versammlung. Unter Delegierter zur General-Versammlung Kollege Bremen, Wachen, ist anw. end.
- Darlsh. Samstag, den 16. August, 1/2 9 Uhr Versammlung im Lokal Tinnhüfer.
- Essen-Bergeborbeck. Sonntag, den 16. August, vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Noortmann, Hochstr.
- Essen-Mellinghausen. Sonntag, den 16. August vorm. 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Röhne.
- Essen-Strah. Sonntag, den 16. August, vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Freitag, Grenzstraße.
- Essen-Segerroth. Sonntag, den 16. August, abends 8 Uhr Versammlung im Lokal Wirt Blisch, Segerrothstraße.
- Essen. Schloffer und Schmiede Samstag, den 22. August, abends 9 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19
- Essen-Stadt. Sonntag, den 23. August, vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße 19.
- Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 23. August, vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokal des Wirtes Klöigen, Frohnhauserstraße 19.
- Essen-Rüttenscheid. Sonntag, den 23. August, vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokale des Wirtes Wallney, Rüttenscheidersstraße.
- Essen-Borbeck-Schönebeck. Sonntag, den 23. August, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale des Wirtes Hausmann, Essenerstraße.
- Essen-Altenessen. Sonntag, den 23. August, nachmittags 5 Uhr Versammlung im Lokale des Wirtes Esser, Hammerstraße.
- Geisweid. Sonntag, den 16. August, morgens 1/2 11 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung. Sonntag, den 23. August, mittags 1 Uhr außerordentliche Hauptversammlung. Beide Versammlungen finden beim Kollegen Koll statt alle Kollegen müssen erscheinen.
- Wessentirchen-Schaffe. Samstag, den 16. August abends 8 Uhr bei Weener.
- Wessentirchen-Ortsverwaltung. Sonntag den 23. August vormittags 11 Uhr Generalversammlung bei Dirkes.
- Gladbeck. Sonntag, den 16. August Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Peter Stoppelt.
- Hülten. Nächste Versammlung ist Sonntag 29. August nachmittags 1/2 11 Uhr im Lokale Wilm. Hellmann, Bahnhofstraße.
- Karlsruhe. Sonntag, den 16. August, vormittags 11 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Ergänzungszahl des Vorstandes.
- Koll. Samstag, den 16. August, abends 9 Uhr findet im Lokal Schardt unsere Mitgliederversammlung mit Frauen statt. Die Kollegen werden dringend ersucht, pünktlich in Begleitung ihrer Frauen zu erscheinen.
- Oelde. Sonntag, den 16. August, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Sommer mit Vortrag des Kollegen Kasper aus Berlin.
- Sulzbach. Sonntag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr, Versammlung mit Frauen bei Schreiermann.
- Schaffersied. Samstag, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Referat des Kollegen Kroll über die Anapochastisvorhandlung in Stuttgart.